



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

7. Sitzung 2010

vom Montag, 18. Oktober 2010, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates
6 Mitglieder des Stadtrates
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber
Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen
Matthias Mundwiler, Controller
Marco Andreoli, Abteilung Finanzen

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Susan Dober Spielmann, Einwohnerrätin
Ursus Waldmeier, Einwohnerrat
Jolanda Urech, Stadträtin

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	242
2. Inpflichtnahme von Franziska Kaiser als neues Ratsmitglied (anstelle der zurückgetretenen Anna Niggli)	243
3. Anfragen	
3.1 Gabriela Suter: Beteiligung fremdsprachiger Eltern von Aarauer Schulkindern an den Wahlen des Elternbeirats	244
3.2 Urs Thalmann: Entwicklungsgebiete für Unternehmen in Aarau	247
3.3 Ursus Waldmeier: Licht und Leben auf dem Bahnhofplatz	249
3.4 Rolf Wespi: Weiterbildung der Lehrkräfte während der Schulzeit	250
4. Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Aarau	251
5. Kreditabrechnung Ersatzbauten Kasernenparking	270

80. Mitteilungen

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer 7. Einwohnerratssitzung 2010. Besonders begrüßen möchte ich die Auszubildenden mit dem Branchenkunde-Schwerpunktthema „Einwohnerrat“. Ich freue mich auf eine Sitzung mit sachlichen, fairen und kurzen Voten und bitte alle, diese Spielregeln einzuhalten.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Zur **Traktandenliste** werden keine Bemerkungen gemacht.

81. Inpflichtnahme von Franziska Kaiser als neues Ratsmitglied (anstelle der zurückgetretenen Anna Niggli)

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: An der letzten Sitzung haben wir Anna Niggli verabschiedet. Als Nachfolgerin können wir heute Franziska Kaiser in den Einwohnerrat aufnehmen.

Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Franziska Kaiser** mit Entscheid vom 24. August 2010 als gewählt erklärt. Sie hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Franziska Kaiser leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: „*Ich gelobe es*“.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Ich heisse Franziska Kaiser herzlich im Einwohnerrat Aarau willkommen und überreiche ihr als Novum gerne ein „Einwohnerrats-Starterset“, in welchem die Rechte und Pflichten, die interne Verwaltungsstruktur und die Abläufe aufgeführt sind.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

82. Anfrage Gabriela Suter: Beteiligung fremdsprachiger Eltern von Aarau Schulkindern an den Wahlen des Elternbeirats

Am 14. Juni 2010 hat **Gabriela Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

- 1. Wie viele Aarau Schölerinnen und Schöler haben fremdsprachige Eltern, die nur wenig Deutsch können?*
- 2. Welche 5 Sprachen neben Deutsch sind wie oft vertreten unter den Eltern der Aarau Schölerinnen und Schöler?*
- 3. Wieso wurde darauf verzichtet, die Wahlunterlagen für den Elternbeirat mit einer erklärenden Kurzübersetzung in den gängigsten Fremdsprachen zu übersetzen.*
- 4. Wie viele Eltern haben an der Wahl des Elternbeirates teilgenommen. Wie viele davon sind aus anderen Sprach- und Kulturkreisen?*
- 5. Wie viele Eltern aus anderen Sprach- und Kulturkreisen haben sich zur Wahl in den Elternbeirat gestellt? Wie viele wurden in den Elternbeirat gewählt?*
- 6. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die Vertretung von Eltern aus anderen Sprach- und Kulturkreisen im Elternbeirat ausgewogen ist? Wenn nein: Was übernimmt der Stadtrat zukünftig, um mehr Eltern, die aus anderen Sprach- und Kulturkreisen stammen, in den Elternbeirat zu bringen? Kann er sich beispielsweise ein Quotensystem vorstellen?*

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Die Fragen, welche Frau Suter stellt, betreffen mit Ausnahme der Frage 6 Belange, welche ausschliesslich in der Kompetenz der Schulpflege liegen. Aus diesem Grund werde ich die Frage 6 aus der Sicht des Stadtrates, die anderen dementsprechend aus der Sicht der Schulpflege beantworten. Soweit zur Klärung der Ausgangslage.

Frage 1: Diese Frage kann aus Sicht der Schulpflege mit den vorhandenen Daten nicht beantwortet werden. Diese Daten zu erheben würde bedeuten, die Eltern um eine Selbsteinschätzung ihrer Sprachkompetenz zu bitten, diese dann elektronisch zu erfassen und laufend zu aktualisieren, da ja davon ausgegangen werden kann, dass Eltern laufend ihre Sprachkompetenz verbessern.

Frage 2: Auch diese Frage lässt sich aus den obgenannten Gründen nicht beantworten. Die Erhebung der Nationalität gibt keinen Aufschluss über die Kompetenz der deutschen Sprache, viele Nicht-Schweizer sind hier geboren und aufgewachsen.

Frage 3: Integrationssprache in der Schule ist Deutsch. Die Schulpflege geht davon aus, dass die Eltern die Hilfe ihrer Kinder in Anspruch nehmen, wenn sie einen Brief nicht verstehen.

Es ist klar, dass dieses Argument für Eltern von Primarschülerinnen und Primarschülern nur bedingt anwendbar ist, allerdings gibt es ja auch Hilfe für Übersetzungen bei Kulturvereinen oder Hilfsorganisationen. Zur Frage, weshalb die Briefe nicht übersetzt wurden, wird auf die Antwort zur ersten Frage verwiesen. Da die Schulpflege aufgrund der Nationalität nicht weiss, welche Sprachen gesprochen werden, kann sie keine übersetzten Briefe abgeben. Zudem verfügt die Schulverwaltung nicht über die nötigen Ressourcen, um einen derart differenzierten Versand zu organisieren. Die Schule bedient sich grundsätzlich der Übersetzungen, welche vom Departement BKS über deren Homepage abrufbar sind. Würden einzelne Mitteilungen aus der Schule übersetzt abgegeben, würde dies zu einer falschen Bewertung der Inhalte führen. Es besteht der Grundsatz, dass nur wichtige Mitteilungen übersetzt werden. Diese falsche Bewertung ist zu vermeiden, zumal die Ressourcen fehlen, sämtliche Elternpost übersetzt abzugeben. Eine Ausnahme bildet lediglich die Einladung und Anbindung von Eltern zu Integrationsanlässen, welche in regelmässigen Abständen geboten werden, für Eltern mit wenigen Kenntnissen der deutschen Sprache.

Frage 4: Auch bei dieser Frage verweist die Schulpflege auf obige Antworten. Die Wahlen wurden zudem anonym durchgeführt, die Schulpflege weiss folglich nicht, wer aus welchem Kulturkreis den Wahlalon abgegeben hat. Es wurden 890 Wahlalons versandt, 296 Wahlalons sind in den Schulen abgegeben worden. Dies entspricht einer Beteiligung von 33 %.

Frage 5: Auch diese Frage lässt sich nur schwer beantworten. Es würde bedingen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten vorab interviewt werden, denn aus dem Namen alleine lässt sich nicht feststellen, ob es sich um Schweizer handelt oder nicht. Auch wurde auf dem Formular zur Kandidatur die Frage nach Zugehörigkeit zu einem anderen Kulturkreis nicht gestellt.

Frage 6: Wie eingangs erwähnt hat die Schulpflege dieses Geschäft in eigener Kompetenz behandelt, der Stadtrat war dabei nicht involviert. Der Stadtrat wird sich auch weiterhin in dieser Sache nicht in die Belange der Schulpflege einmischen.

Gabriela Suter: Mit dieser Antwort bin ich nicht zufrieden. Es ist klar, dass die Datenerhebung einen viel zu grossen Aufwand verursacht hätte. Aber bei den Fragen 1 und 2 würde ich schon erwarten, dass man ungefähr weiss, wie viele Personen in der Schule und der Stadt Aarau zu integrieren sind und bei wie vielen zumindest die sprachliche Integration bereits stattgefunden hat. Im Rahmen des Integrationskonzeptes hätte das doch abgeklärt und die Daten erhoben werden müssen. Bei der Frage 3 scheint es sich mir doch eigentlich um eine wichtige Sache zu handeln, ist es doch eine Wahl, welche nur alle zwei Jahre durchgeführt wird. Natürlich kann man hier geteilter Meinung sein, aber aus Sicht der Schulpflege schien es doch eigentlich ebenfalls eine wichtige Sache zu sein, sonst hätte man den Elternbeirat ja wohl kaum eingeführt. Es hätte auch gar nicht unbedingt einen differenzierten Versand in den verschiedenen Sprachen gebraucht. Eine A4-Seite, doppelseitig mit den wichtigsten Informationen in den verschiedenen Sprachen bedruckt, hätte bereits genügt. Das hätte universal allen Eltern verschickt werden können. Knapp ein Drittel der Befragten hat sich an der Umfrage beteiligt, dies muss so zur Kenntnis genommen werden. Ich denke, auch zu der Frage 5 hätte man noch etwas sagen können. Offensichtlich wurde zu wenig getan, um Eltern aus anderen Sprach- und Kulturkreisen in den Elternbeirat zu bringen. Das sieht man auf der Homepage: Im Elternbeirat ist niemand aus anderen Sprach- oder Kulturkreisen vertreten. Wir von der SP sind der Meinung, dass man prozentual im Elternbeirat, im Sinne einer „Konkordanz“, Personen aus anderen Sprach- und

Kulturkreisen zumindest teilweise integrieren könnte. Wir sind der Meinung, dass Integration durch Partizipation zu fördern, zu fordern und so eben auch machbar ist. Ich hoffe, dass der Stadtrat und auch die Schulpflege das ebenso sehen und bei den nächsten Wahlen bzw. Wahlvorbereitungen die mit dieser Anfrage eingebrachten Anregungen vermehrt wahrnehmen und weitergeben. Die Evaluation des Elternbeirates ist für das erste Semester 2011/12 geplant. Ich hoffe, dass die problematischen Punkte, die ich mit dieser Anfrage thematisiert habe, dann auch bei dieser Evaluation berücksichtigt werden.

83. Anfrage Urs Thalmann: Entwicklungsgebiete für Unternehmen in Aarau

Am 16. September 2010 hat **Urs Thalmann** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

1. *Hat der Stadtrat in Aarau Räume bezeichnet, die für KMU als Standorte zur Verfügung stehen?*
2. *Bestehen in Aarau Bestrebungen, einen „Businesspark“ oder einen „Technopark“ zu entwickeln bzw. anzusiedeln? Wenn ja, wie ist der Stand dieser Überlegungen?*
3. *Beispielhaft sind im Torfeld Süd sowie im Areal der heutigen FH Pädagogik Veränderungen absehbar. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit der Nutzung dieser Areale für KMU? Gibt es konkrete Überlegungen oder Projekte?*

Marcel Guignard, Stadttammann: Der Stadtrat beantwortet Ihnen diese drei Fragen wie folgt:

Frage 1: In der Stadt Aarau sind Unternehmen grundsätzlich in allen Bauzonen zulässig. Das heisst, es gibt keine Bauzone, in der sie ausgeschlossen sind. Besonders gute Voraussetzungen für Unternehmen bestehen in den Arbeits- und Industriezonen sowie in den Mischzonen. Aufgrund der guten Erreichbarkeit und der Anziehungskraft der zentralörtlichen Einrichtung in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Freizeit und Gesundheit haben sowohl die Anzahl der Arbeitsstätten wie auch der Beschäftigten in den letzten 25 Jahren um rund einen Viertel zugenommen. Gleichzeitig stagniert die Einwohnerzahl der Stadt Aarau (rückblickend ohne Ortsteil Rohr) seit 50 Jahren bei rund 16'000 Einwohnern. Dementsprechend verfügt die Stadt Aarau heute über wesentlich mehr Arbeitsplätze als Einwohnerinnen und Einwohner. Der Stadtrat ist demzufolge daran interessiert, dass möglichst viele in Aarau Beschäftigte in Aarau geeigneten Wohnraum finden und ein entsprechendes Angebot geschaffen wird. Hingegen soll kein zusätzlicher Wohnraum auf Kosten des Raumbedarfs für die Wirtschaft entstehen, da die Unternehmen Motor einer prosperierenden Entwicklung sind und daher gepflegt werden müssen. Der Stadtrat wird bei der zu revidierenden Bau- und Nutzungsordnung sein Möglichstes tun, um sowohl die Interessen der Wirtschaft wie auch der Bevölkerung zu berücksichtigen. Konkret heisst dies, dass die in der Stadt Aarau bereits weitgehend überbauten Bauzonen zu besser nutzbaren Gebieten transformiert werden sollen, ohne dass diese an Qualität einbüßen. Dazu noch einige Zahlen, rückblickend auf die letzten 25 Jahre: 1985 waren es (Aarau und Rohr immer zusammengezählt) rund 1'450 Arbeitsstätten. 2008 waren es deren 1'808. Beschäftigte Personen waren es 1985 22'544, im Jahre 2008 28'091. Aarau und Rohr hatten 1985 zusammen 17'888 Einwohnerinnen und Einwohner, 2008 waren es 19'167.

Frage 2: Businessparks sind bekanntlich Einrichtungen zur Förderung von Jungunternehmen, die auf private Initiative entstehen. Solche Angebote sind auf dem Markt sehr gefragt und

bieten grosses Potenzial für attraktive Ansiedlungen von Unternehmen. Aargau Services, die beim kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit angesiedelte Standortmarketingorganisation, hat solche Initiativen durch diverse Veranstaltungen für potenzielle Investoren und Entwickler angestossen. In der Stadt Aarau besteht auf dem Kern-Areal im Schachen bereits heute ein Cluster von innovativen Unternehmen, die den Charakter eines Businessparks aufweisen. Für die Ansiedlung solcher Unternehmen bestehen grundsätzlich auch im Gebiet Torfeld Nord und in der Arbeitszone Telli gute Voraussetzungen. Als Technopark gilt eine Einrichtung, die Jungunternehmen vornehmlich im Technologiebereich aufnimmt und unterstützt. Die Unternehmen in Technoparks sind aber eng vernetzt mit Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungsinstitutionen und tragen damit zum Wissens- und Technologietransfer bei. Wesentlicher Erfolgsfaktor dazu ist die räumliche Nähe zu diesen Institutionen. In Aarau ist zurzeit kein von der Öffentlichkeit unterstützter Technopark vorhanden. Im Kanton Aargau besteht auf dem Kunz-Areal in Windisch der TECHNOPARK Aargau. Es ist zurzeit nicht geplant, einen Businesspark oder einen Technopark in Aarau anzusiedeln. Der Stadtrat hat sich darum bemüht, im Torfeld Süd die raumplanerischen Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen zu schaffen. Nach dem Wissen des Stadtrates befasst sich die Eigentümerschaft im Westteil des Torfelds Süd intensiv mit der Zukunftsplanung für dieses Gebiet.

Frage 3: Für das rund zehn Hektaren grosse Gebiet Torfeld Süd hat der Einwohnerrat am 14. Dezember 2009 eine Änderung des Zonenplans und der Bau- und Nutzungsordnung beschlossen. Gemäss dem vom Stadtrat am 23. August 2010 erlassenen Gestaltungsplan Torfeld Süd wurden die Rahmenbedingungen geschaffen für den Neubau eines Stadions sowie für 550 zusätzliche Arbeitsplätze und über 300 neue Wohnungen. Als Vorteil in diesem Gebiet sieht der Stadtrat die Situation, dass nur zwei Grundeigentümer vorhanden sind. Beide sind bestrebt, in diversifizierender Art die Entwicklung dieses Gebietes voranzutreiben. Auch das in der Wohn- und Gewerbezone WG4 gelegene rund 1,3 Hektaren grosse Gebiet der alten Bally-Fabrik und der Shedhalle an der Küttigerstrasse (heutiger Standort der Pädagogischen Hochschule) ist in privatem Besitz. Die Stadt stellt aber in beiden Gebieten weiterhin ihre guten Dienste zur Verfügung. Eine von den Grundeigentümern allenfalls gewünschte Vermarktung der beiden genannten Areale, aber auch anderer von Arbeitskräften gut erreichbarer Flächen, wird von der im Kanton Aargau zentral geführten Vermarktungsorganisation Aargau Services im Rahmen ihrer Ansiedlungsaktivitäten gerne unterstützt.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

84 . Anfrage Ursus Waldmeier: Licht und Leben auf dem Bahnhofplatz

Am 14. Oktober 2010 hat **Ursus Waldmeier** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

1. *Hat der Stadtrat Grüninseln auf dem Bahnhofplatz geplant? Wenn ja - welche Ideen lagern in der Schublade? Wenn nein - was sind die Gründe?*
2. *Wie stellt sich der Stadtrat zur nachts nicht lesbaren SBB-Uhr, die nach deren Meinung evtl. durch die Lichtquellen des neuen Bahnhofplatzes genug erhellt werden soll? Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, dass die Zeiger der Bahnhofuhr, entsprechend den Ziffern, beleuchtet werden, damit die Uhr ihren Zweck auch nachts erfüllen kann?*

Marcel Guignard, Stadtmann: Diese Anfrage hat den Stadtrat ein wenig erstaunt. Das vollständige Bauprojekt zur Gestaltung des Bahnhofplatzes wurde ja hier im Einwohnerrat intensiv und detailliert diskutiert. Auch das Aarauer Stimmvolk hat über das Projekt abgestimmt und es am 17. Mai 2009 gutgeheissen.

Frage 1: Diese Frage muss mit einem klaren Nein beantwortet werden. Einen Hinweis möchte ich noch anfügen: Die alten „Rabatten“ stellten bisher eher ein Ärgernis als eine Grünfläche mit Erholungswert dar. Die Frage nach den Gründen für den Verzicht auf Grünflächen ist relativ einfach zu beantworten. Der Bahnhofplatz ist unterirdisch durch das Parking und andere Anlagen vollständig verbaut. Es hat keine Humusflächen auf diesem Bahnhofplatz, welche ein „grünes Gedeihen“ irgendwie ermöglichen würden. Es ist auch nicht vorgesehen, mit Trögen eine Bepflanzung zu machen, wie z.B. auf Balkonen.

Frage 2: Diese Frage ist verständlich, wird es doch zu dieser Jahreszeit schon um 18 Uhr dunkel. Der Stadtrat hat den Mangel ebenfalls bereits festgestellt und ist von sich aus sofort aktiv, d.h. bei der SBB vorstellig geworden. Die zuständigen Personen der SBB suchen intensiv nach einer Lösung zur Uhrenbeleuchtung. Diese gilt es selbstverständlich mit der vorgesehenen Beleuchtung des Bahnhofplatzes abzustimmen. Eine Lösung des Problems wird also erarbeitet und weiterverfolgt.

85 . Anfrage Rolf Wespi: Weiterbildung der Lehrkräfte während der Schulzeit

Am 15. Oktober 2010 hat **Rolf Wespi** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

- 1. Wann hat der Stadtrat erfahren, dass die Schulpflege trotz Schulischer Blockzeiten Weiterbildungen während der Schulzeit durchführen will und die Kinder in dieser Zeit keinen Unterricht haben?*
- 2. Hat die Schulpflege den Stadtrat angefragt, ob sie trotz Schulischer Blockzeiten, welche die Stadt Aarau finanziert, Weiterbildungen während der Schulzeit durchführen darf, bzw. soll?*
- 3. Ist der Stadtrat damit einverstanden, dass Weiterbildungen trotz Schulischer Blockzeiten auch weiterhin während der Schulzeit stattfinden?*

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1: Der Stadtrat hat, wie auch der Einwohnerrat, diesen Sachverhalt aus dem Protokoll der Sachkommission vom 21. September 2010 erfahren.

Frage 2: Nein, der Stadtrat wurde nicht angefragt.

Frage 3: Grundsätzlich ist der Stadtrat nicht damit einverstanden, dass trotz Schulischer Blockzeiten Weiterbildungen während der Schulzeit durchgeführt werden und dies Unterrichtsausfälle zur Folge hat.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

86 . Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Aarau

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Mit Botschaft vom 6. September 2010 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag: *Der Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktegruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % sei zu genehmigen.*

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir werden diesen Voranschlag nun wie folgt beraten: 1. Eröffnung mit Kommissionsreferaten; 2. Fraktionsvoten zum Voranschlag allgemein; 3. Stellungnahme Stadtrat; 4. Detailberatung, d.h. wir werden Seite für Seite durchgehen. Dabei können sich die Fraktionen detailliert äussern; 5. Schlusswort des Stadtrates. Anträge können bei den entsprechenden Titeln respektive Produktegruppen gestellt, präsentiert und begründet werden. Dazu können sich jeweils die Fraktionen äussern und der Stadtrat kann eine Stellungnahme abgeben. Anschliessend wird über die Anträge abgestimmt. Wir werden nach diesem Prozedere vorgehen. Im Wesentlichen werden wir über die Produktegruppen, welche auf Seite 14 des Voranschlags 2011 aufgeführt sind, diskutieren. Dies sind die Produktegruppen 01, 02, 10, 13, 14, 15, 21, 26, 30, 31, 34, 40, 41, 43, 46, 50 und 60. Nachdem alle Anträge und Seiten bearbeitet worden sind, werden wir über einen bereits bekannten Antrag der FGPK betr. Lohnerhöhung abstimmen. Abschliessend werden wir eine Schlussabstimmung durchführen. Wir beginnen nun mit den Kommissionsreferaten.

Susanne Heuberger, Präsidentin FGPK: Im Rahmen ihres Kompetenzbereiches hat sich die FGPK anlässlich der Sitzung vom 22. September 2010 mit dem Voranschlag 2011 befasst. Als Auskunftspersonen haben wir Stadtammann Marcel Guignard sowie von der Abteilung Finanzen die Herren Marco Andreoli und Matthias Mundwiler begrüessen dürfen. Wir verdanken ihre Unterstützung und wertschätzen gleichzeitig auch die geleistete intensive Arbeit der involvierten Verwaltungsabteilungen während dem Budgetprozess. Die Eckdaten zum Voranschlags 2011 präsentieren sich bezüglich Umsatz, Sachaufwand und Steuerfuss im Rahmen des Vorjahres. Abweichungen ergeben sich beim tiefer budgetierten Steuerertrag. Primär dafür verantwortlich sind erwartete Mindereinnahmen bei den Aktiensteuern. Aufgrund der konjunkturellen Lage hält somit der Abwärtstrend an, wenn auch in abgeschwächter Form. Beeinflusst vom erneut rückläufigen Steuereingang und dem auf neuer Rekordhöhe budgetierten Nettoinvestitionsvolumen von über 29 Millionen Franken, wird nach Berücksichtigung der mutmasslichen Abschreibungen im Budget ein äusserst bescheidener Selbstfinanzierungsgrad von knapp 13 % ausgewiesen. Es wird mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 25 Millionen Franken gerechnet. Um diesen Betrag reduziert sich das Vermögen. Der Abbau erfolgt in beschleunigtem Tempo. Zu Beginn der Beratung hat uns Hans Fügli, Präsident der Sachkommission, zusammenfassend aus deren, am Vortag durchgeführten Sitzung berichtet. Die Detailbehandlung durch die FGPK hat sich in der Folge auf diejenigen 7 Produktegruppen beschränkt, die über einjährige Globalaufträge verfügen. Alle übrigen Produktegruppen unterliegen einem zweijährigen Globalauftrag und sind erst 2012 neu zu beurteilen. Hier sind lediglich die Lohnanpassungen und die Beschlüsse des Einwohnerrates aufgearbeitet und die Kennzahlen nachgeführt worden. Zusätzlich haben

wir im Rahmen einer Gesamtbetrachtung eine intensive Diskussion zum Steuerfuss und zur vom Stadtrat auf maximal 2 % budgetierten Gehaltserhöhung geführt. Auf unsere Fragen und Bemerkungen zu den einzelnen Produktegruppen gehe ich nicht näher ein. Details können dem Kommissionsprotokoll entnommen werden. Eine Ausnahme bildet die Produktegruppe 01. Hier unterbreitet Ihnen die FGPK einstimmig den Antrag, das erst kürzlich aufgenommene Wirkungs- und Leistungsziel „Vertretung der Meinung der Stimmberechtigten“ ersatzlos zu streichen. Nach Ansicht der Kommission ist das Ziel nicht beeinflussbar und hat keinen Zusammenhang mit den Leistungen dieser Produktegruppe. Bei der Investitionsrechnung fällt, wie vorgängig bereits erwähnt, das aussergewöhnlich hohe Investitionsvolumen auf. Gegenüber dem Vorjahresniveau ist nochmals eine Steigerung auszumachen. Die Kommission hat sich in diesem Zusammenhang für den aktuell erwarteten Realisierungsgrad 2010 interessiert. Dieser liegt bei 70%. Aus dieser Prognose leitete die FGPK Rückschlüsse auf den zu erwartenden Vermögensabbau ab. Dafür ist die tatsächlich realisierte Investitionsquote massgebend. Thematisiert wurde ebenfalls, wie der erwartete Fehlbetrag aus der Laufenden Rechnung finanziert werden soll. Gemäss Auskunftspersonen geht man davon aus, dass ein Liquiditätsbedarf besteht und Fremdkapital aufgenommen werden muss. Entsprechende Schuldzinsen sind budgetiert, die Konditionen aber noch nicht bekannt. Innerhalb der FGPK stellte sich die Frage, ob in diesem Zusammenhang auch eine Kreditaufnahme aus dem städtischen Anlagefonds denkbar ist und regt an, diese Variante zumindest zu prüfen. Im Rahmen einer allgemeinen Würdigung des Budgets wurde der Antrag eingebracht, aufgrund der Teuerungsperspektiven und den bereits in den Vorjahren grosszügig gewährten Lohnerhöhungen eine geringere Lohnanpassung vorzunehmen und dafür neu 1,5 % zu budgetieren. Diesem Antrag hat die FGPK mehrheitlich zugestimmt und empfiehlt ihn dem Einwohnerrat demzufolge zur Annahme. Eine Minderheit bekannte sich zu der vom Stadtrat vorgesehenen Lohnsteigerung mit der Begründung, die Behörde müsse die budgetierte Lohnerhöhung nicht zwingend ausschöpfen. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigten dies. Zudem könne unter einer reduzierten Lohnkostenfreigabe die Attraktivität als Arbeitgeber leiden. Ebenfalls vorgenommen hat die FGPK eine Steuerfussbetrachtung. Dazu haben wir auch die Prognose der aktuell erwarteten Steuereingänge erfragt. Gesamthaft wird 2010 mit einem Minderertrag gegenüber dem Budget von rund 5,5 Millionen Franken gerechnet. Der Rückstand verteilt sich je zur Hälfte auf die natürlichen und juristischen Personen. Aus der Mitte der Kommission wurde beantragt, das Budget mit einem Steuerfuss von 98 % zu genehmigen. Als Begründung wurde angeführt, dass gemäss Politikplan der Anlagefonds bei einem Steuerfuss von 94% unter 80 Millionen Franken falle. Dieser Entwicklung könne mit einer Steuerfusserhöhung entgegengewirkt werden und der jährlich anfallende Mehrertrag von 2 Millionen Franken würde langfristig Wirkung zeigen. Dieser Antrag wurde kommissionsintern abgelehnt. Die Mehrheit argumentierte mit dem, im Vergleich zu anderen Gemeinden immer noch sehr hohen, Pro-Kopf-Vermögen und ihr erscheint eine tiefe Selbstfinanzierung während 2 bis 3 Jahren als verkraftbar. Mit Blick auf das bisher meist nicht planmässig realisierte Investitionsvolumen wird angenommen, dass die Vermögensabnahme weniger rasch voranschreitet. Zudem erachtet man es als falsch, eine Sanierung der Finanzen mit einer Steuerfusserhöhung zu beginnen. Priorität soll eine Verbesserung der Aufwandsseite haben. In der Schlussabstimmung folgte die Kommission einstimmig dem Antrag des Stadtrates. Somit empfiehlt Ihnen die FGPK, das vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen und eine Lohnsteigerung von 1,5 % freizugeben. In unsere Empfehlungen eingeschlossen ist auch unser vorgängig formulierte Antrag betreffend Produktegruppe 01.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir werden über den Antrag 1, „Reduktion Lohnerhöhung auf 1,5 %“, vor der Schlussabstimmung befinden. Auf den Antrag 2, „Verzicht auf Wirkungs- und Leistungsziel in der PG 01“, werden wir bei der Beratung zur Produktegruppe 01 eingehen.

Hans Fügli, Präsident Sachkommission: An der Sitzung vom 21. September 2010 hat sich die Sachkommission mit dem Voranschlag der Einwohnergemeinde befasst. Als Auskunftspersonen standen uns der Stadtmann Marcel Guignard, Herr Marco Andreoli von der Abteilung Finanzen, Herr Matthias Mundwiler, Controller und für die Produktegruppen 30, 31 und 34 Herr Christian Kälin von der Schulpflege sowie der Gesamtschulleiter Herr Res Wirz zur Verfügung. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen für ihre Auskünfte sowie für das Erstellen dieses Voranschlages bedanken. Zu den Jahreszielen wurden von Seiten der Kommission folgende Fragen gestellt: Welche Aktionen sind zum Thema Littering geplant? Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass eine neue Plakataktion gestartet worden sei und dass vermehrt Kontrollen gemacht würden. Unter der Federführung des Werkhofes seien verschiedene Bereiche beteiligt, u.a. sei auch durch die Umweltfachstelle ein Abfallunterricht in den Schulen geplant, die Teilnahme der Lehrpersonen sei freiwillig. Welche Massnahmen sind in der Produktegruppe Stadtentwicklung zum Thema Mobilitäts-Management geplant? Eine Internetplattform solle gestartet, der Mobilitätstag 2011 gestärkt und eine noch zu definierende Mobilitätsberatung in der Stadtverwaltung geplant werden. Dies seien die Schwerpunkte nach Aussage der Auskunftspersonen. Eine weitere Frage der Kommission hat den Stand der Schulraumplanung betroffen. Die Auskunftsperson hat erklärt, dass unter Leitung von Stadtrat Lukas Pfisterer, Ressortinhaber Schule, eine Arbeitsgruppe bestehe. Dabei sei auch eine externe Raumplanungsfirma beteiligt. Nun zu den Produktegruppen: Ich weise daraufhin, dass ich nicht zu allen Fragen der Sachkommission etwas sagen werde und verweise an dieser Stelle auf das Protokoll unserer Sitzung. Zur Produktegruppe 21, Schössli: Die Kommission erkundigte sich, welche Auswirkungen der Um- resp. Neubau des Schösslis auf den Betrieb habe. Die Auskunftspersonen haben erklärt, dass eine grössere Ausstellung in der Reithalle zusammen mit dem Kanton geplant sei und dass weniger Führungen budgetiert seien. Das Schössli präsentiere sich der Öffentlichkeit auch während der Bauzeit, z.B. mit Wechsausstellungen in den Containern. Die Auskunftspersonen gaben bekannt, dass eine gewisse Verzögerung in den Bauvorbereitungen in Kauf genommen werden musste. Das Baugesuch laufe nun und es könne mit einem Baubeginn im Jahre 2011 gerechnet werden. Zur Produktegruppe 30, Betrieb Volksschule: Die Kommission erkundigte sich, was für Schulentwicklungsprojekte geplant seien. Die Auskunftspersonen erklärten, dass im Schuljahr 2010/2011 die neue Promotionsverordnung eingeführt werde. Dies bedinge eine gute Weiterbildung der Lehrkräfte. Neu sei, und dies haben wir heute Abend schon in einer Anfrage gehört, dass die Weiterbildung für alle Lehrkräfte 4 Tage betrage, und zwar 2 Tage in der unterrichtsfreien Zeit und 2 Tage während der Schulzeit. Die Eltern würden rechtzeitig anfangs Semester schriftlich über den Schulausfall informiert. Die Kommission erkundigte sich weiter nach den Kosten für diese Weiterbildung. Die Auskunftspersonen betonten, dass die Weiterbildung zur Promotionsverordnung Sache des Kantons sei und auch von diesem finanziert werde. Die Kommission wollte auch noch wissen, welches die längerfristigen Leistungsziele seien und wann diese definiert würden. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass ab 2012 mit definitiven Zielen gerechnet werden dürfe. Zur Produktegruppe 31, Musikschule und Kadettenmusik: Auf die Frage der Kommission, was man unter „mCheck“ verstehen müsse, antworteten die Auskunftspersonen, dass ein freiwilliger Musiktest eingeführt werden solle. Die Antwort der Kommission nach dem Verbleib des Musikschulreglementes lautete, dass dieses im Jahre 2011 verabschiedet werden könne. Auch

die Neuuniformierung der Kadettenmusik sei auf gutem Wege. Zur Produktegruppe 26, Sportbeiträge: Die Kommission hat sich nach den Vergabekriterien für Beiträge erkundigt. Die Auskunftspersonen erklärten, dass Zahlungen bis jetzt nach Eingang von Gesuchen politisch diskutiert und bewilligt wurden, dass aber mit der Einführung des neuen Sportkonzeptes nun klare Auflagen für Beiträge erfüllt werden müssten. Zu den Produktegruppen 40/41, gesetzliche und freiwillige Sozialarbeit: Der Kommission ist aufgefallen, dass trotz grösseren Fallzahlen keine wesentlichen Mehrkosten entstehen werden. Die Auskunftsperson erklärte, dass die Beiträge des Kantons im Nachhinein erfolgten und dass man im Budget von den Vergütungen des vergangenen Jahres ausgegangen sei. Die Kommission erkundigte sich auch über eine allfällige Stellenerhöhung. Die Auskunftspersonen erklärten, dass eine evtl. Stellenerhöhung erst nach einem Beschluss des Einwohnerrates im Budget erscheinen würde. Eine weitere Frage aus der Kommission betraf das Produkt „Arbeits- und Integrationsmassnahmen“. Die Auskunftspersonen versprachen, dass die Sozialen Dienste im nächsten Rechenschaftsbericht Informationen über dieses Produkt liefern würden. Zur Produktegruppe 43, Subventionen und Beiträge: Die Kommission hat sich hier u.a. über die Situation der Spitex und der Pro Senectute in Aarau heute und in Zukunft durch ihr Mitglied, Frau Hanni Weiersmüller, informieren lassen. Vielen Dank an dieser Stelle für die vielen spannenden Informationen. Die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Hilfsangeboten im Alter, Spitex und Pro Senectute, wird in dieser Produktegruppe weiterhin zentrales Thema für Aarau sein. Zur Produktegruppe 46, Alter: Die Kommission erkundigte sich nach der Entwicklung der Taxen in den städtischen Altersheimen in den letzten 10 Jahren. Da verweise ich auf die genaue Übersicht im Protokoll der Sachkommission. Zur Produktegruppe 50, Stadtpolizei: Die Kommission stellte fest, dass die Steigerung des Nettoaufwandes klar dokumentiert wurde und fragte nach evtl. Rekrutierungsschwierigkeiten. Die Auskunftsperson hat erklärt, dass es bis jetzt in Aarau keine Probleme mit der Rekrutierung von Polizeiaspiranten gegeben habe. Zur Investitionsrechnung: Auch hier verweise ich auf das Protokoll unserer Sitzung. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Voranschlag der Einwohnergemeinde mit den Globalaufträgen der Produktegruppen mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen.

Hanspeter Hilfiker: Die FDP hat den Voranschlag 2011 studiert und unterstützt grundsätzlich den Antrag des Stadtrates für die Globalbudgets und den Steuerfuss von 94 %. Wir stellen fest, dass sich die Perspektiven im Vergleich zum Politikplan vom Mai dieses Jahres nicht fundamental verändert haben und dass wir weiterhin mit einer schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage rechnen müssen. Wir haben einige Punkte zusammengetragen zu Volumen, Steuern, laufenden Kosten, Investitionen und zum Budgetprozess. Wir beurteilen den Voranschlag wie folgt: Die laufende Rechnung weist mit einem Umsatz von 135 Mio. Franken ein praktisch unverändertes Volumen aus. Wir begrüssen die Stabilisierung des Gesamtaufwands und werten dies positiv. Die Steuereinnahmen stagnieren zwar auf einem hohen Niveau, aber das Niveau liegt unter dem Budget, welches wir letztes Jahr für das laufende Jahr vorbereitet haben. Uns ist aber bewusst, dass wir an sich immer noch deutlich über den Steuerschätzungen liegen, wie wir dies z.B. aus der Planperiode 2008-2012 für die jetzigen Jahre gesehen haben. Es erfordert im Bereich der laufenden Kosten und Investitionen aber verstärkte Aufmerksamkeit. Diese laufenden Kosten wachsen aus unserer Sicht zu unkontrolliert. Der grösste Ausgabenposten, die Personalkosten, expandiert um knapp 3 % bei einem stabilen Gesamtbudget. Das ist aus unserer Sicht zu viel, auch unter Einschluss von Rohr. Was die Lohnsteigerung für 2011 betrifft, werden wir dem Antrag der FGPK geschlossen zustimmen. Eine Erhöhung der Lohnsumme um 1,5 % im nächsten Jahr ist deutlich über der Teuerung, welche in allen Prognosen wiederum unter einem Prozent

gesehen wird. Eingerechnet muss auch werden, dass wir in den letzten Jahren jedes Jahr bei den städtischen Angestellten Reallohnsteigerungen geleistet haben, was eine grosszügige Verhaltensweise ist. Gleichzeitig haben wir eine grosse Arbeitsplatzsicherheit und grosszügige Pensionskassenleistungen, welche im Übrigen in den letzten Jahren durch mehrere Millionen Steuerfranken unterstützt worden sind. Was die Investitionen betrifft, hält ihre geplante, geringe Eigenfinanzierung auch im nächsten Jahr an. Von den rund 30 Mio. Franken geplanten Nettoinvestitionen werden mehr als 20 Mio. Franken für laufende, im Bau befindliche Projekte eingesetzt. Hier lässt sich wenig anpassen. Wo wir Massnahmen ergreifen können, ist im Bereich der Initialisierung neuer Projekte. Deshalb beantragen wir von der FDP, dass die Aufwertung des Aareraums Ost, welche jetzt mit 160'000 Franken für das Jahr 2011 als Anfang eines Projektes budgetiert ist und am Schluss 2,5 Mio. Franken kosten soll, aus dem Budget gestrichen wird. Wenn es später weitere Ausführungen zu diesem Antrag benötigt, werden wir das noch ergänzen. Schon bei der Diskussion über die Velostation haben wir gesagt, dass wir an sich ein entsprechendes Projekt unterstützen, dass aber auf Luxuselemente verzichtet werden soll. Der Aareraum Ost ist für uns im Moment ein solches Luxuselement. Dieser Aareraum wird stark genutzt, ist in gutem Zustand und es drängt sich dort im Moment keine Zusatzinvestition von mehreren Millionen Franken auf. Wir werden auch in Zukunft bei den einzelnen Investitionsprojekten das Auge auf nicht notwendige Elemente und Gesamtprojekte richten. Die Eigenfinanzierung unserer Investitionen muss langfristig in ein Gleichgewicht kommen. Dafür gibt es immer drei Faktoren: Die laufenden Kosten, die Investitionsprojekte selber und die Einnahmenseite, d.h. die Steuern. Für uns von der FDP ist eine Steuererhöhung auf Jahre hinaus kein Thema. In den letzten Jahren hatten wir stark steigende Steuereinnahmen und nach wie vor verfügen wir über ein grosses Nettovermögen. In der jetzigen, gesamtwirtschaftlich schwierigeren Zeit, müssen wir bei den Verwaltungs- und Administrativaktivitäten etwas vorsichtiger sein und schauen, dass das Geld dort wieder haushälterischer eingesetzt wird. Dies muss, wie schon angesprochen, über funktions- und zeitgerechte Investitionen erfolgen, aber auch über eine klarere Steuerung der laufenden Kosten. Das Instrument dazu ist der Budget- und Rechnungsprozess unter WOSA. Dieser Prozess ist in den Kommissionssitzungen für das Budgetjahr 2011 vorgestellt worden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Stadtrat versucht hat, der angespannteren Finanzlage gerecht zu werden und das Ausgabenwachstum zu bremsen. Aus unserer Sicht genügen diese Bemühungen aber nicht. Insbesondere ist das Vorgehen des Stadtrats ungenügend, die Personalausgaben zum „Grundbedarf“ zu erklären. Es ist klar, dass bei Sanierungsmassnahmen immer auch beim grössten Posten angesetzt werden muss, sonst führt das zu keinem Erfolg. WOSA bedeutet, die Produktegruppen über den Nettoaufwand zu steuern. Wir könnten uns vorstellen, dass die Vorgaben des Stadtrates im nächsten Jahr für den Budgetprozess so aussehen, dass bei konjunkturunabhängigen Produktegruppen der Nettoaufwand um 3 bis 5 % zu kürzen sei. Es läge dann bei den Verantwortlichen für die jeweilige Produktegruppe zu entscheiden, wie diese Reduktion realisiert werden kann. Das könnte über die Personalkosten geschehen, indem man vielleicht eine vakante Stelle nicht ersetzt oder über andere Massnahmen, z.B. über eine Reduktion bei der Vergabe von externen Leistungen, usw. Ich möchte aber schon jetzt vor zwei Gefahren warnen, welche dieser Prozess birgt: Wenn die Beiträge an Externe, wie zum Beispiel an die Kultur- oder an die Sporteinrichtungen, einfach gekürzt werden, so ist das im Jahr nur je rund 1 Mio. Franken, dies bei einer Budgetsumme von 135 Mio. Franken. Die Einsparungen sollten deshalb in den verwaltungsinternen Aktivitäten herausgeholt werden. 3 bis 5 % liegen immer drin und es ist nicht so, dass ein Grossbetrieb immer und überall effizient läuft. Dies schafft niemand, weder ein privater noch ein öffentlicher Betrieb, aber diese Möglichkeiten sollten ausgearbeitet werden. Eine zweite Gefahr ist, dass Aufgaben neu übernommen oder Kompetenzen in Bereichen aufgebaut werden, obwohl andere vielleicht bereits Kompetenzen oder Ansätze

dazu entwickelt haben. Im Voranschlag 2011 haben wir ein solches Beispiel gesichtet: Es handelt sich um die geplanten Aktivitäten im Mobilitätsmanagement. Dafür sind in der Produktegruppe Stadtentwicklung grosszügigerweise 100'000 Franken eingesetzt worden. Dieser Betrag teilt sich auf in 30'000 Franken für den Mobilitätstag (bis jetzt waren das 15'000 Franken), 10'000 sind für den Auftritt der Stadt an diesem Anlass, 20'000 Franken für das Mobilitätsmanagement in der Verwaltung, 20'000 Franken für eine Homepage und 10'000 Franken unter anderem als Reserve. Es fällt zuerst einmal auf, dass eine grosszügige Reserve von 10'000 Franken eingeplant ist und man fragt sich, ob alle stadtinternen Projekte mit einem solchen Polster von 10% ausgestattet sind. Das würde ja schon die geplante administrative Entlastung vom Potential her auf ein ganz anderes Niveau heben. Das zweite ist aber, dass man offenbar bei der Vorbereitung dieses Projektes nicht links und rechts geschaut hat. Es ist ein Vorschlag an die Verwaltung, dass man schaut, was bereits vorhanden ist. In dieser Beziehung ist es interessant festzustellen, dass offenbar kein Kontakt mit dem damaligen Partner „aarau info“ aufgenommen wurde, nachdem vor einem Jahr hier im Rat die Mobilitätszentrale vorgestellt worden ist. Eine Kontaktaufnahme hätte gezeigt, dass unter aarauinfo.ch schon seit über einem Jahr eine Homepage zum Thema "Mobilität und Verkehr" besteht, welche wichtige Informationen zu Fuss- und Radwegen, zum Parkierungsreglement, zum SBB-Fahrplan, usw. enthält. All das könnte dort weiter ergänzt werden. Es ist nicht sinnvoll bei einer solchen Dienstleistung, jetzt einen zweiten „Turm“ mit etwas Ähnlichem aufzubauen. Auch von der Kundenseite her darf es nicht so sein, dass bei der Eingabe des Stichwortes „Mobilität“ drei verschiedene Seiten mit ähnlichen Funktionen erscheinen. Wir von der FDP beantragen deshalb, den Kredit für die Mobilitätsmanagement-Massnahmen auf 30'000 Franken zu reduzieren. Damit kann der bisherige Mobilitätstag immer noch unterstützt und die bestehende Homepage ergänzt werden. Es kann auch überlegt werden, wie weitergearbeitet werden soll, dies aber in Zusammenarbeit mit aarau info, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Insgesamt sehen wir, dass die Zusammensetzung von Investitionen, laufenden Kosten und Steuern in einem Ungleichgewicht ist und wir jetzt schauen müssen, dass wir es wieder zusammenbringen. Insgesamt unterstützen wir das Budget 2011 mit dem Steuerfuss von 94 %. Zusätzlich folgen wir den beiden FGPK-Anträgen und stellen selber die zwei Anträge „Verzicht auf Investitionsprojekt Aareraum Ost für 2011“ sowie „Umsetzung Mobilitätsmanagement: Reduktion von Fr. 100'000.- auf Fr. 30'000.-“.

Ueli Hertig: Uns liegt der Voranschlag 2011 vor, den wir heute zu genehmigen haben. Er enthält wenig Überraschendes. Es stehen weiterhin hohe Investitionen an und der Selbstfinanzierungsgrad ist sehr, sehr mager. Wie schon vor 2 Jahren steht die budgetierte Lohnerhöhung wieder einmal zur Diskussion. Auch wenn zum heutigen Zeitpunkt die budgetierten 2 % Lohnerhöhung aus unserer Sicht als eher hoch betrachtet werden, können wir dem Antrag der FGPK mehrheitlich nicht zustimmen. Einerseits haben die tiefen Einkommen, das haben wir an der letzten Einwohnerratssitzung gehört, sicher Nachholbedarf. Andererseits hat der Stadtrat die budgetierte Lohnerhöhung nicht jedes Jahr voll ausgenutzt. Wenn es aber darum geht, dass der Einwohnerrat die Lohnerhöhungen festsetzt, müsste ein anderer Weg dazu gefunden werden. Da wir uns immer für eine Kontinuität beim Steuerfuss eingesetzt haben, unterstützen wir den Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 94 % zu belassen. Aber es ist uns bewusst, dass schon nächstes Jahr wieder über eine mögliche Steuererhöhung diskutiert werden muss. Denn falls sich die Einnahmen oder Ausgaben nicht massiv ändern - es stehen weitere grosse Investitionen an - bleibt die Selbstfinanzierung tief und das Vermögen wird zu schnell abgebaut. Dass der Aareraum Ost aufgewertet werden soll, begrünnen wir sehr, ist doch die erste Etappe ein voller Erfolg. Der Planungskredit für die Aufwertung des Aareraums Ost muss mit der Planung des Brückenneubaus „Pont Neuf“ mithalten können bzw. koordiniert werden. Ob die Planung um ein Jahr hinaus geschoben

werden kann, ist aus dem Voranschlag nicht ersichtlich, aber ich gehe davon aus, dass der Stadtrat und das Stadtbauamt kaum eine Planung auf Vorrat erstellen lassen. Das Standortmarketing der Stadt Aarau hat sich gut entwickelt, ist spür- und sichtbar in Aarau und nicht mehr wegzudenken. Wir möchten hier einmal mehr festhalten, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Standortmarketing unabdingbar ist, um die Marke „Aarau“ und somit unsere Stadt mit all ihren Vorzügen optimal zu präsentieren - und zwar in allen Bereichen. Die Fraktion Pro Aarau - EVP/EW - GLP empfiehlt Ihnen, den Voranschlag 2011 zu genehmigen. Ich möchte es nicht unterlassen, der städtischen Belegschaft für ihren Einsatz für unsere Stadt zu danken.

Oliver Bachmann: Ich habe zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen und nehme anschliessend gerne zu den gestellten Anträgen Stellung. Die SP-Fraktion hat erfreut festgestellt, dass der Stadtrat sehr viele wichtige Punkte in die Jahresziele aufgenommen hat. Dazu stellen sich bei uns drei Fragen: 1. Sehr erfreut hat uns die Initiierung eines Slow-up Aareland. Die Frage an den Stadtrat: Was ist hier genau zu erwarten? 2. Grundlagen für eine Zukunft des KiFF erarbeiten: Hier stellt sich für uns die Frage, ob Aarau nicht auch ein Kulturkonzept braucht, ähnlich wie das Sportkonzept? 3. Eigentümerposition beim BBA stärken: Könnten wir nicht auch gleich die Eigentümerposition bei der IBA stärken? Eine weitere Frage stellt sich bei themenspezifischen Konzepten, wie z.B. dem Parkraumkonzept oder dem Velokonzept, bezüglich der Ausdehnung auf das Quartier Rohr: Wann ist mit einer solchen Ausdehnung zu rechnen? Was den Selbstfinanzierungsgrad angeht, ist festzuhalten, dass dieser sehr tief ist, was gemäss dem Politikplan dazu führen wird, dass bereits in wenigen Jahren der Zinsgenerator-Fonds von 80 Mio. Franken angebraucht werden muss. Ich komme nun zu den einzelnen Änderungsanträgen: Den Antrag der FGPK betreffend Senkung der generellen und individuellen Lohnerhöhung von maximal 2 auf 1,5 % lehnen wir einstimmig ab. Der Ausgleich der Teuerung und damit die Erhaltung des Reallohnes ist nicht nur volkswirtschaftlich sinnvoll, sondern auch eine Frage der Fairness. Zusätzlich zum Teuerungsausgleich braucht es auch Geld für individuelle Lohnerhöhungen. Damit können gute Leistungen einzelner Mitarbeitenden honoriert werden. Wenn wir hier im Rat Jahr für Jahr im Frühling die guten Leistungen der Stadtverwaltung verdanken, ist es nicht mehr als angebracht, diese im Herbst auch einmal zu honorieren. In der FGPK wurde das Detailhandelsunternehmen Coop als Beispiel aus der Privatwirtschaft genannt. Das ist ein gutes Beispiel. Als ich nach der FGPK-Sitzung recherchiert habe, fand ich heraus, dass die Angestellten von Coop mit einem Monatsgehalt bis 5000 Franken im nächsten Jahr durchschnittlich 3 % mehr verdienen, diejenigen Mitarbeitenden mit einem darüberliegenden Gehalt 2 % mehr bekommen. Es wäre den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung schwierig zu erklären, warum wir vor kurzem die Steuern senken konnten, jetzt aber kein Geld für eine angemessene Lohnerhöhung haben. Den Antrag zur Streichung des Wirkungsziels „Vertretung der Meinung der Stimmberechtigten“ in der Produktegruppe 01 unterstützen wir. Dieses Leistungsziel macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Den Antrag der FDP-Fraktion zur Kürzung des Kredites für ein Mobilitätsmanagement lehnen wir ab. Dazu werden wir später noch Stellung nehmen. Zum Antrag der FDP-Fraktion „Streichung des Projekts Aareraum Ost“: Die FDP begründet ihren Antrag mit der fehlenden Dringlichkeit. Wenn ein Investitionsantrag dringlich ist, dann sind Fehler passiert. Besonders eine voraussehende Planung ist der SP ein wichtiges Anliegen. Darum sind Investitionen zuerst nach ihrer Wichtigkeit und erst dann nach ihrer Dringlichkeit zu beurteilen. Da das Aareufer in den letzten Jahren für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger als Naherholungsgebiet an Bedeutung gewonnen hat und aufgrund der vorangeschrittenen Planung der neuen Kettenbrücke, halten wir eine Aufwertung des Geländes für notwendig. Wir werden den FDP-Sparantrag ablehnen. Zum Schluss noch zum Steuersatz: Leider müssen wir feststellen, dass sich unsere

Erwartungen betreffend dem Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und Investitionen erfüllt haben. Wir stellen fest, dass die vor drei Jahren von den Bürgerlichen durchgedrückte Steuersenkung unterdessen nicht realistisch ist und wieder zurückgenommen werden muss. Angst vor dem eigenen Steuersenkungsmut hat wohl auch die FDP bekommen, so deute ich zumindest die Sparanträge, die sie heute eingereicht hat. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse des Steuerfuss-Antrags in der FGPK verzichteten wir heute aber auf einen weiteren Antrag. Klar bleibt, dass eine Rücknahme der Steuersenkung in den nächsten Jahren aber weiterhin ein Thema sein wird. Die SP-Fraktion wird das vom Stadtrat vorgeschlagene Budget ohne wesentliche Änderungen unterstützen.

Fortunat Schuler: Ich verzichte darauf, die Eckpfeiler des Budgets 2011 detailliert zu behandeln, das wurde alles bereits erwähnt. Erfreulich ist, dass der Steuerfuss beibehalten werden kann. Als in den letzten Jahren massiv höhere Steuern eingekommen sind, wurde der Steuerfuss auch nicht sofort gesenkt. Im ersten nicht so erfreulichen Jahr kann die Massnahme ja nicht darin bestehen, den Steuerfuss sofort wieder anzuheben. Unerfreulich, und auch das wurde bereits gesagt, ist die Entwicklung der Personalkosten. Die Teuerung war auch in früheren Jahren nicht unterdurchschnittlich. Ich denke, wir dürfen jetzt Mass halten. Sorgen bereiten sicher die tiefen Abschreibungen, wie auch die Bruttoinvestitionen. Die sind zwar hoch, aber wenn man die einzelnen Projekte genauer ansieht, dann merkt man, weshalb diese so teuer zu stehen kommen. Der Eigenfinanzierungsgrad ist zu tief, aber etliche Vorjahre war er sehr gut. Was ist das Fazit? In der heutigen Zeit ist es enorm wichtig, sparsam mit den Ressourcen umzugehen. Wir wollen keine Doppelspurigkeiten. Wir wollen schlanke Projekte und eine schlanke Verwaltung. Die Erwartung an den Stadtrat heisst, dass konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden, wie das Sparpotential genutzt werden kann. Ein Beispiel dazu ist das Standortmarketing, das wurde heute bereits zweimal erwähnt. Ganz Aarau macht Marketing - vielleicht etwas plakativ ausgedrückt - und keiner merkt es! Eine Konzentration der Kräfte wäre hier wahnsinnig wichtig, bei gleicher oder sogar besserer Qualität könnte Geld gespart werden. Das Vehikel wäre ja eigentlich vorhanden, man müsste es nur gebrauchen. Unsere Erwartung ist, dass hier mehr Effizienz entsteht. Interessant ist auch, dass jetzt die Zahlen für die Zukunft etwas kritisch beurteilt werden. Bräuchten wir nun die vor nicht allzu langer Zeit vom Einwohnerrat abgelehnte „Schuldenbremse“? Dies scheint ja ein Exportschlager zu sein. Die USA interessiert sich, wie die Schweiz dieses Instrument einsetzt und Anfragen dazu bestehen bereits. Aber bei uns ist es so, dass der Prophet im eigenen Lande nichts gilt. Müssen wir warten, bis wir dazu gezwungen werden? Es wäre doch besser, dass wir es dann machen, wenn wir wollen. Ein anderer Punkt betrifft die Projekte, bei welchen wir seit Jahren mahnen. Sie müssen jetzt einfach zwingend nach dem wirklichen Bedarf ausgeführt werden. Die Funktionalität muss im Vordergrund stehen, Luxusausführungen vermögen wir nicht und machen zum Teil auch keinen Sinn. Oft stellt sonst der Luxus die Funktionalität plötzlich in Frage. Planungen sollten dann durchgeführt werden, wenn die Auswirkungen der Veränderungen bekannt sind. Man könnte das Beispiel der Tellstrasse einbringen. Da hört man, was alles gemacht werden soll. Sofort wird der Verkehr aber wieder abgeblockt. Das ist aber die Verbindung zum Ortsteil Rohr und daraus soll kein Hindernislauf gemacht werden. Wir wollen also keine Planungen auf Vorrat, keine teuren und oft unnützen Expertisen, keine Projekte, von denen man glaubt, zu wissen, sondern Projekte, bei denen man weiss, was Sache ist. Die SVP wird noch einen Antrag zur Produktgruppe 31, Kadettenmusik, stellen. Wir werden beide Anträge der FGPK unterstützen, ebenso die Anträge der FDP. Ich möchte Oliver Bachmann noch sagen, dass sein Vergleich mit Coop etwas hinkt: Wenn es Coop nicht gut geht, dann wird Personal entlassen oder Filialen werden geschlossen. Die Stadt Aarau wird das hoffentlich nicht tun.

Solche Stellenvergleiche sind deshalb für mich etwas sonderbar. Die SVP wird dem Budget 2011 mit diesen Abänderungsanträgen und dem Steuerfuss von 94 % zustimmen.

Werner Schib: Die CVP-Fraktion steht hinter dem Budget 2011 mit dem Steuerfuss von 94 %, wie es vom Stadtrat vorgelegt wird. Wir haben es gehört, der tiefe Selbstfinanzierungsgrad von knapp 13 % ist kein Idealzustand. Aber auch wir sind der Meinung, dass das im heutigen Zeitpunkt verkraftbar und verantwortbar ist. Der Vermögensverzehr ist richtig. Die benötigten Mittel für die Investitionen werden durch die erwirtschafteten Überschüsse der letzten Jahre finanziert. Das ist also keine Verschleuderung von Volksvermögen, sondern eine richtige Gegenbewegung zu den Vorjahren, in denen wir zu hohe Überschüsse hatten. Als Vergleich: Im Jahre 2005 hatten wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 500 %. Bei diesem Budget gibt es einzelne Abänderungsanträge. Dort sind Sympathien vorhanden, z.B. für diejenigen der FDP. Der Aareraum Ost gefällt mir bei der Schwanbar im Sommer. Nun kämen aber Bäume weg und zusätzliche Betontreppen würden an der Aare entstehen. Deshalb stimmen wir diesem Änderungsantrag zu, wie auch dem Antrag der FGPK, dass die Lohnsumme um maximal 1,5 statt 2 % erhöht wird. Mit einer Lohnerhöhung von maximal 1,5 % steht das städtische Personal im Vergleich mit der Privatwirtschaft nicht schlecht da. Die Teuerung kann ganz sicher ausgeglichen werden und für individuelle Lohnerhöhungen hat es auch Platz. Zum Thema Steuerfuss: Es gibt heute überhaupt keinen Anlass für eine Steuerfusserhöhung. Die tiefe Selbstfinanzierung und der Vermögensverzehr ist, wie schon gesagt, sachlich richtig und sicher kein Grund für eine Steuererhöhung. Eine Steuererhöhung käme höchstens dann in Frage, wenn ohne Steuererhöhung ernsthafte Einschnitte beim Budget nötig wären. Höhere Steuern würden erst dann zur Debatte stehen, wenn man sonst auf wichtige Bedürfnisse, auf grundlegende Aufgaben der öffentlichen Hand, verzichten müsste. Das ist heute sicher nicht der Fall. Der Stadtrat hat geschildert, wie der Budgetierungsprozess verwaltungsintern abgelaufen ist: Grundaufgaben sind so oder so gedeckt. Die Budgeteingaben der Verwaltung für den sogenannten Zusatzbedarf haben sich auf 1,7 Mio. Franken belaufen. 1 Mio. Franken an Zusatzbedarf ist vom Stadtrat bewilligt und ins Budget aufgenommen worden. Wenn man bedenkt, dass die Verwaltung ziemlich sicher mehr finanzielle Mittel beantragt hat, als wirklich nötig ist, sieht man, dass mit dem Zusatzbedarf von 1 Mio. Franken immer noch vieles gemacht und angepackt werden kann. Allerdings ist uns Mitgliedern des Einwohnerrats nicht klar, welche öffentlichen Aufgaben und Anliegen vom Stadtrat der Kategorie „Grundaufgaben“ und welche dem „Zusatzbedarf“ zugewiesen werden. Eines ist aber klar: Eine Verzichtsplanung musste nicht gemacht werden. Bevor man den Steuerfuss erhöhen würde, müsste zuerst noch bei diesem Zusatz- oder Wunschbedarf der Rotstift angesetzt werden. Es darf nicht sein, dass der Steuerzahler als erster und einziger zur Kasse gebeten wird.

Markus Hutmacher: Ohne gross auf Zahlen einzugehen, muss man feststellen, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt Aarau auf einen Wert abgesunken ist, der keinen angemessenen Entwicklungsspielraum mehr ermöglicht. Diese Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt lässt sich einerseits auf die veränderte Wirtschaftslage, aber andererseits auch auf den seit 2002 um 9 Prozentpunkte gesenkten Steuerfuss zurückführen. Trotzdem unterbreitet uns der Stadtrat ein Budget, das auf dem bestehenden Steuerfuss von 94 % basiert. Er verweist darauf, dass ein Vermögensabbau erwünscht sei und blendet dabei aus, dass der Generationenfonds gemäss Politikplan in den nächsten vier Jahren mit dem beantragten Steuerfuss auf unter die als Legislaturziel kommunizierten 80 Mio. Franken fallen wird. Wir sind mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Die Mittel des Generationenfonds stammen aus der Verselbstständigung der IBA und sind somit über mehrere Generationen erarbeitet worden, sie sind quasi das Familiensilber. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass

dieser Fonds möglichst lang erhalten bleiben soll und nur der Ertrag in die Laufende Rechnung einfließen sollte. So, wie aber jetzt budgetiert wird, besteht die Gefahr, dass die Hälfte des einmaligen Kapitals innert 15 Jahren für die Finanzierung eines nicht nachhaltigen Steuerfusses verbraucht wird und unsere nachfolgenden Generationen leer ausgehen. Dies ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Auch wir wollen die Stadt Aarau nicht zu einer Steuerhöhle umbauen, denken aber, dass durch eine rechtzeitige, massvolle Steuerfusserhöhung das Budget einigermaßen im Lot gehalten werden kann und somit eine vernünftige Investitionspolitik erfolgt. Ohne genügend Eigenmittel besteht die Gefahr, dass alle Projekte nur noch möglichst billig umgesetzt werden. Es ist zwar eine Binsenwahrheit, aber die billigste Lösung ist selten die günstigste. Eine nur schon angedachte Steuerfusserhöhung beeinflusst offensichtlich das Ausgabenverhalten so nachhaltig, dass Projekte nicht mehr Probleme lösen sollen, sondern vor allem nichts mehr kosten dürfen. Anders können wir uns zum Beispiel nicht erklären, dass die FDP in ihrer Medienmitteilung zur Velostation den Lift als Luxus bezeichnet und die Bahnhofunterführung von Süden her, und somit auch für das Altersheim Herosé, nicht mehr behindertengerecht erschliessen will. Wir können dem Argument, dass in den letzten, finanziell erfolgreichen Jahren auch in der Verwaltung da und dort ein wenig Speck angesetzt wurde, schon folgen und ihm sogar auch etwas abgewinnen. Wir sind aber überzeugt, dass in der Verwaltung sicher nicht genügend Einsparpotential vorhanden ist, um eine Steuererhöhung längerfristig zu verhindern. Vor allem sind wir überzeugt, dass echte Einsparpotentiale nur mit der Verwaltung und nicht gegen diese aufgedeckt und realisiert werden können. Ansonsten müssten Aufgaben überprüft und politisch neu definiert oder gestrichen werden. Entsprechend dieser Überzeugung haben wir den Antrag auf Steuerfusserhöhung in der FGPK gestellt und somit auch die Diskussion darüber eröffnen wollen. Obwohl wir finden, dass eine Anpassung jetzt richtig wäre, hat uns das Argument überzeugt, dass den Bewohnern des neuen Stadtteils Rohr wenigstens noch ein zweites Jahr ein günstiger Steuerfuss zu gönnen sei. Sollten sich aber unsere Befürchtungen bewahrheiten und die Rechnung schlechter und speziell die Steuereinnahmen auch im Jahr 2010 massiv geringer ausfallen als budgetiert, erwarten wir, dass der Stadtrat seine Verantwortung wahrnimmt und den Steuerfuss im nächsten Budget 2011 anpasst, ansonsten werden wir diesen Antrag dazumal sicher stellen. Weiter hoffen wir, dass in dem Fall auch die bürgerlichen Parteien nicht dogmatisch auf dem tiefen Steuerfuss beharren und Hand bieten werden zu moderaten Anpassungen, welche der Stadt eine vernünftige Investitionspolitik ermöglichen. Ergänzend möchte ich noch etwas zur Produktegruppe 26, Sportbeiträge, anfügen: Für das nächste Budget erwarten wir endlich transparente und verbindliche Vergabekriterien. Ansonsten sehen wir uns gezwungen, dazumal diese Beiträge abzulehnen. Sicher werden wir aber dem Beitrag an den Club 100 nicht mehr zustimmen. Wohlverstanden, es geht uns nicht darum, dass die Stadt den FCA nicht unterstützen soll. Es geht gemäss unserem demokratischen Verständnis aber nicht, dass der Stadtrat einerseits Mitglied ist eines Vereins mit dem Zweck „den Fussballclub Aarau moralisch und finanziell zu unterstützen“ und andererseits über Sportbeiträge und Beiträge an Sportinfrastruktur entscheidet. Für Vereine, deren Gesuche nicht oder nur teilweise bewilligt werden, hinterlässt dieser Umstand sicher ein schlechter Nachgeschmack. Abschliessend möchte ich im Namen der Fraktion der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken und festhalten, dass wir grundsätzlich ebenfalls den Anträgen der FGPK folgen werden. Bei den Änderungsanträgen, welche von den anderen Fraktionen gestellt wurden, warten wir die Antwort des Stadtrates ab, werden diese Anträge aber vermutlich eher ablehnen.

Marcel Guignard, Stadtammann: Ich möchte mich relativ kurz halten. Sie haben festgestellt, dass in der Laufenden Rechnung nur ein Teil der Produktegruppen zur Debatte steht, der grössere Teil der Produktegruppen unterliegt einem Zweijahresrhythmus und wurde

schon im letzten Jahr beschlossen. Natürlich stehen das Investitionsbudget per 2011 sowie der Steuerfuss zur Debatte. Der Stadtrat unterbreitet Ihnen ein Budget mit einem Umsatz von rund 136 Mio. Franken, mit Nettoinvestitionen von 29,5 Mio. Franken, mit einer Selbstfinanzierung von 3,8 Mio. Franken und einem unveränderten Steuerfuss von 94 %. Im Zusammenhang mit dem Politikplan hat der Stadtrat bereits darauf hingewiesen, dass die Budgetierung für das Jahr 2011 aufgrund der Fakten, welche bereits vorgelegen haben und der Prognosen, welche daraus abgeleitet werden mussten, nicht einfach ausfallen würde. Das hat dazu geführt, dass der Stadtrat in verschiedenen Bereichen entsprechend kritisch in der Budgetarbeit vorgegangen ist. Das war so bei den Investitionen wie auch bei der Laufenden Rechnung. Bei den Investitionen hat der Stadtrat die einzelnen Positionen gegenüber dem Politikplan überprüft. Sie haben gesehen, gewisse wurden nach hinten verschoben, um eine Entlastung zu erreichen. Auf der anderen Seite sind viele Investitionen schon in Gang gesetzt worden und können deshalb nicht einfach gestrichen werden, wenn die Bestellungen politisch bereits vorliegen. In Bezug auf die Laufende Rechnung hat Ihnen der Stadtrat dargelegt, wie er in der Budgetierung vorgegangen ist. Der Stadtrat hat sich auf das Wesentliche konzentriert. Deshalb wurde versuchsshalber ein Grundbedarf festgeschrieben, welcher in den einzelnen Produktegruppen enthalten ist. Es ist klar, dass dies nicht in Stein gemeisselt ist, aber es gibt gewisse Grundaussgaben, welche in einzelnen Produktegruppen anfallen. In den meisten Produktegruppen bestehen einzelne Arbeiten oder Projekte, welche über den Grundbedarf gestellt wurden. Im Grundbedarf ist die Lohnsummenerhöhung von 2 % eingerechnet. Beim Zusatzbedarf geht es um Projekte, welche einmalig sind oder nur für kurze Zeit Geltung haben sollen. Hier hat sich der Stadtrat Zurückhaltung auferlegt. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Personalkosten hoch seien. Das stimmt, sie machen 34 % aus. Ich darf aber doch darauf hinweisen, dass wir ein Dienstleistungsunternehmen sind. Primär wird dabei mit Menschen gearbeitet und diese sollen auch anständig entlohnt werden. Das verursacht entsprechende Kosten, das liegt auf der Hand. Wir haben einen beträchtlichen Stellenzuwachs, aber dieser ist, das haben Sie selber gesehen, in dem Sinn zu relativieren, dass von den 10 Stellen 7,39 Stellen bei den Altersheimen anfallen und auch dort über die Taxen finanziert werden. Die anderen Stellen sind auf hier im Rat gefällte Beschlüsse zurückzuführen. Diese Beschlüsse entstanden sowohl auf Antrag des Stadtrates, aber auch darüber hinaus. Der Stadtrat hat auch zu erkennen gegeben, dass er durchaus bereit ist, im Bereich der Laufenden Rechnung selbstkritisch zu hinterfragen, ob einzelne Bereiche nicht effizienter gestaltet werden könnten. Der Stadtrat wird diese Frage selektiv angehen und an gewissen Orten Vergleiche mit anderen, vergleichbaren Betrieben anstellen. Unser WOSA-System wurde als offenbar gute Einrichtung angesprochen. Es erlaubt, in einzelnen Produktegruppen den Hebel in die eine oder andere Richtung anzusetzen, wenn das gewünscht ist. Man muss aber auch sehen, dass unser WOSA-System auf zwei Beinen beruht: Die Ausgaben und die Ressourcen müssen immer im Einklang stehen. Es kann nicht sein, dass nur an einem Ort angesetzt wird und man meint, das Gleichgewicht bestehe dann nach wie vor. Wenn auf der Ressourcenseite gekürzt wird, muss man sich auch damit abfinden, dass auf der Aufgabenseite Veränderungen vorgenommen werden müssen und umgekehrt. Selbstverständlich hat auch der Stadtrat eine einlässliche Steuerfussdebatte geführt. Er hat die Debatte, welche im Zusammenhang mit dem Politikplan vor ein paar Monaten geführt worden ist, mit in Betracht gezogen. Nach Abwägen sämtlicher Pros und Kontras ist der Stadtrat zum vorliegenden Antrag gelangt. Damit ist die Diskussion über die Ausgaben- wie auch über die Einnahmeseite nicht aufgehoben, sondern vorderhand vielleicht noch aufgeschoben. Wir wollen nicht nach zwei, drei Jahren, in welchen es etwas schlechter geht, als man gemeint hat, bereits den Wagen umdrehen. Ich möchte zu einigen Punkten, zu welchen im Rahmen der Eintretensdebatte bereits Anträge gestellt worden sind, kurz eine Stellungnahme des Stadtrates abgeben. Ich beginne mit dem Antrag

der FGPK zur Produktegruppe 01 auf Seite 16, welcher das Wirkungsziel bzw. die Kennzahl „Vertretung der Meinung der Stimmberechtigten zu 100 %“ betrifft. Der Stadtrat stellt fest, dass Sie dieses Ziel nicht anstreben und uns stört es nicht, wenn Sie das wieder entfernen möchten. Rückblickend sind wir gar nicht mehr sicher, wie diese Formulierung überhaupt entstanden ist und ob das durch den Stadtrat oder eine Kommission geschehen ist. Das spielt eigentlich auch gar keine Rolle. Wenn Sie dieses Ziel nicht möchten, dann streichen Sie es wieder. Bei der Lohnanpassung erinnere ich Sie ganz kurz an die Tatsache, dass der Stadtrat bereits im Juni eine Annahme treffen musste, welche Lohnerhöhungsprozente dem Budgetprozess zu Grunde gelegt werden sollten. In allen Produktegruppen wurden dann die entsprechenden Prozentzahlen aufgerechnet. Im November wird dann eine allgemeine Beurteilung durchgeführt. Es wurde bereits verschiedentlich erwähnt, dass es nicht nur um die Frage des Teuerungsverlaufs geht, sondern auch eine Gesamtbetrachtung stattfinden muss. Sie schauen bestimmt wieder einmal den § 38 des Personalreglements an. Dort sehen Sie, dass verschiedene Sachen massgebend sind, ob eine Lohnanpassung überhaupt stattfinden solle und in welchem Masse. Es geht um die Entwicklung der Lebenshaltungskosten (Teuerung), aber auch um die allgemeine wirtschaftliche Situation, um die finanzielle Situation der Stadt und die Situation auf dem regionalen Personalmarkt. Wir vergleichen uns immer mit vergleichbaren Einrichtungen, das sind insbesondere die Städte. Dies haben wir gemacht mit Baden, Buchs, Lenzburg, Biel, Chur, St. Gallen, usw. Im Juni entschied sich der Stadtrat für diese 2 %, weil die Teuerung von Januar bis Mai 1 % betrug. Das hat sich nun aber in der Zwischenzeit verändert. Heute besteht praktisch keine Teuerung mehr. Sie müssen Ihren Entscheid treffen. Wenn nur die Teuerung angeschaut wird, ist nicht abzustreiten, dass immer noch Handlungsspielraum besteht, um auch der von Ihnen gewünschten, eingeführten Leistungsentlohnung gerecht zu werden. Auf den Steuerfuss komme ich nicht mehr zu sprechen. Sie haben sich bereits dazu geäußert und es liegen auch keine Anträge vor. Zum Aareraum Ost wird Stadtrat Beat Blattner bei den Investitionen etwas sagen wie auch bei der entsprechenden Produktegruppe zum Mobilitätsmanagement. Zu den Ausführungen von Herrn Bachmann zum „slowUp“: Dieses Projekt wurde „slowly, but surely“ auf die rechten Bahnen gelenkt. Dies muss im Raum „Aareland“ angepackt werden und in einem grösseren Gebiet stattfinden. Stadtrat Beat Blattner nimmt sich diesem Projekt persönlich an und wird dafür besorgt sein, dass wir rechtzeitig „abslowen“ können hier im Aareland. In der Tat ist es so, dass das Kulturkonzept hin und wieder überprüft werden muss. Solche Anstrengungen sind im Gange und sollen schrittweise angepackt werden. Dann komme ich zu der Thematik, die Eigentümerposition bei der BBA zu stärken und zur Frage, weshalb dort und nicht auch bei der IBA: Bei der IBA hat der Stadtrat ein klares Aktionärsleitbild ausgearbeitet, welches seinerzeit auch dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Darin ist enthalten, was von der IBA erwartet wird. Es wird periodisch überprüft und angepasst, wenn das nötig ist. In diesem Leitbild sind die Abläufe zwischen Stadtrat und Verwaltungsrat der IBA geregelt und es findet eine gute Kommunikation statt. Hingegen sind wir bei der BBA neu in einer Situation, die bis jetzt nicht bestanden hat. Deshalb liegt der Fokus im Moment weniger bei der IBA, sondern bei der BBA. Dass die verschiedenen Konzepte für Velo und Fussgänger mittelfristig sicher auch auf den Stadtteil Rohr ausgedehnt werden müssen, liegt auf der Hand. Das ist aber momentan nicht die erste Aufgabe für das Jahr 2011, welche uns nach der Zusammenführung der beiden Gemeinden beschäftigen sollte. Das sind die verschiedenen Ausführungen, welche ich gerne zu Ihrer allgemeinen Debatte gemacht habe.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zur Detailberatung. Wie bereits eingangs erwähnt, werden wir den Voranschlag 2011 Seite für Seite durchgehen und allfällige Anträge behandeln. Den Antrag der FGPK, eine Lohnerhöhung von insgesamt 1,5% zu bewilligen, werden wir am Schluss der Beratung zur Abstimmung bringen.

Zur Produktgruppe 01, Politische Führung, liegt folgender Antrag der FGPK vor:

Das Wirkungs- und Leistungsziel in der PG 01 „Vertretung der Meinung der Stimmberechtigten“ sei ersatzlos zu streichen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der FGPK

Der Antrag der FGPK wird mit 47 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

Jürg Schmid: Wie wir den Kennzahlen zum Budget bei der Produktgruppe 13 entnehmen können, wird für den Anlagefonds im 2011 eine Rendite von 2,10 % erwartet. Demgegenüber werden die Zinskosten für die aufzunehmenden Schulden auf 2,25 % veranschlagt. Diese Feststellung führt uns zur Frage, ob es denn sinnvoll ist, auf der einen Seite Geld zu weniger anzulegen, um auf der anderen Seite einer Drittpartei mehr zu bezahlen. Daraus resultieren, auf 20 Mio. Franken gerechnet, im Jahr 2011 30'000 Franken zusätzliche, aus unserer Sicht unnötige Kosten. Möglicherweise hofft man ja, in der weiteren Zukunft aus den Anlagen im Anlagefonds höhere Erträge zu erzielen, als auf den Schulden Zinsen zu bezahlen sind und so ein „Zusatzeinkommen“ zu erwirtschaften. Es trifft zu, dass in der Vergangenheit an den Finanzmärkten schon viel höhere Renditen als 2,10 % pro Jahr erzielt werden konnten, allerdings auch geringere und nicht ganz unbedeutend ist, dass sogar sehr hohe Verluste im zweistelligen Prozentbereich getragen werden mussten. Bei den aktuellen Kreditzinsen muss berücksichtigt werden, dass diese auch schon viel höher waren. Sie befinden sich zurzeit auf historischen Tiefständen, verursacht durch die künstliche, grosszügige Versorgung der Märkte mit Kapital durch die Notenbanken. Dessen ungeachtet ist es eine Tatsache, dass Anlagestrukturen, welche mit Krediten „geleveraged“ werden, erheblich grössere Risiken aufweisen. In der Anlagefondsbranche zum Beispiel operieren hauptsächlich nicht regulierte Hedgefonds mit solchen Strategien. Niemand kann die zukünftige Entwicklung der Finanzmärkte voraussehen. Darüber kann nur spekuliert werden. Gehört es zu den Aufgaben einer öffentlichen Institution, welche sich mittels Steuergeldern finanziert, mit vermeintlichem Vermögen zu spekulieren? Ich verrate Ihnen wahrscheinlich kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, dass wir von der SVP-Fraktion die Spekulation mit öffentlichen Geldern klar verneinen. Wir empfehlen dem Stadtrat deshalb dringend, diese Überlegungen in die Entscheidungsfindung über das Wie, Was und Wo bei der beabsichtigten Kreditaufnahme einzubeziehen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Bei der Produktgruppe 31 liegt folgender Antrag der SVP vor:

Das Budget der Produktgruppe 31 sei für die Kadettenmusik um Fr. 6'000.- zu erhöhen.

Begründung: Dieser Betrag soll für die folgenden Massnahmen bereitstehen: Steigerung der Konzert- bzw. Auftrittstätigkeit; Anschaffung von Material; Steigerung der Proben inkl. Registerproben und damit des Spielniveaus; Weiterbildung von sehr guten Musikern beim Aarg. Musikverband (AMV). Damit wird das ganze Ensemble noch besser motiviert werden können. Weiter erfolgt damit ganz klar eine Förderung der Jungmusiker. Der stetigen Anhebung des Spielniveaus wird Rechnung getragen und auch im Wettstreit mit den anderen

Aarauer Orchestern kann mitgehalten werden. Ebenso können mögliche negative Auswirkungen auf die Anzahl Auftritte usw. vermieden werden.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Es wird Sie nicht überraschen, dass der Stadtrat grundsätzlich an seinem Antrag festhält. Herr Schuler hat am Anfang gesagt, dass es enorm wichtig sei, mit Ressourcen sparsam umzugehen und es würden konkrete Vorschläge vom Stadtrat erwartet, wie gespart werden könne. Er gebrauchte sogar den Begriff „Schuldenbremse“. Ich weiss nicht, woher die SVP den Betrag von 6'000 Franken ableitet. Der Stadtrat hat diesen Betrag nirgendwo im vorliegenden Budget erwähnt. Es ist deshalb nicht klar, bei welchen Punkten die SVP genau wie viel investiert haben möchte. Wenn es darum geht, einfach das Budget ein wenig zu erhöhen, so muss gesagt werden, dass der Stadtrat versucht hat, wie Sie in der Einleitung zum Budget auf der Seite 4 lesen können, die gemachte Zielvorgabe aufgrund der konjunkturellen Lage und der gebundenen Ausgaben einzuhalten. Wenn dieser Antrag unterstützt wird, weicht man von dieser Zielvorgabe ab. Es ist selbstverständlich klar, dass deshalb nicht das ganze Budget umfällt. Es ist ein konkreter Vorschlag vom Stadtrat auf dem Tisch für die Kadettenmusik und er ist der Meinung, dass die Kadettenmusik mit diesem budgetierten Geld gut haushalten und im Jahr 2011 die jungen Musiker unterstützen und weiterbilden kann.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SVP

Der Antrag der SVP wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Bei der Produktegruppe 60 liegt folgender Antrag der FDP vor:

Der Kredit für den Aufbau eines Mobilitätsmanagements sei von Fr. 100'000 auf Fr. 30'000 zu reduzieren.

Hanspeter Hilfiker: Mit diesem Projekt soll ein neuer Auftrag etabliert werden. Vor einem Jahr haben wir zur Mobilitätszentrale gesagt, dass wir keine Zentrale wollen, sondern eine Mobilitätsberatung und Funktionen in diesem Bereich. Diese sollten aber sachte entwickelt werden, da man ja nicht genau weiss, wie die Bedürfnislage tatsächlich ist. Von Baden haben wir bei den Abklärungen vor einem Jahr ja bereits gehört, dass das nicht einem Bedürfnis entspricht und hunderttausende von Personen betrifft, welche einen Informationsbedarf in diesem Bereich haben. Im Voranschlag selber war nicht zu sehen, was in diesem Posten genau enthalten sein soll. Diese Frage ist in den Kommissionen aufgekommen. Im Protokoll der Sachkommission stand einfach der Betrag von 100'000 Franken. Ich habe dann noch einmal nachgefragt und erhielt folgende Aufteilung: Mobilitätstag 30'000 Franken, städtischer Auftritt am Mobilitätstag 10'000 Franken, Mobilitätsberatung 10'000 Franken, Bewirtschaftung einer Homepage 20'000 Franken, Mobilitätsmanagement in der Verwaltung 20'000 Franken sowie Reserven 10'000 Franken. Das sind also insgesamt 100'000 Franken. Von einem Nettoaufwand der Produktegruppe Stadtentwicklung, und hier möchte ich das Verhältnis aufzeigen, sind dies ziemlich genau 2,5 %. Das ist bei einem Nettoaufwand von 3,2 Mio. Franken nicht eben viel. Wir sind nicht dagegen, wie auch schon früher gesagt, dass

dieser Punkt weiterentwickelt wird. Aber es ist so, dass nach dem negativen Entscheid zur Mobilitätszentrale der Partner in diesem Auftritt, nämlich „aarau info“, eine Homepage neu lanciert hat, welche ebenfalls Informationen zu Mobilität und Verkehr beinhaltet. Es wäre nicht sinnvoll, wenn jetzt einfach eine zweite Säule zu diesem Thema erstellt würde. Es geht uns auch darum, dass von der Verwaltung her die Kontakte zu anderen, welche im selben Umfeld diese Funktionen vielleicht bereits abdecken, gesucht werden. In diesem konkreten Fall ist kein Kontakt erfolgt. Deshalb ist der Budgetposten viel zu hoch und wir beantragen eine Reduktion von 100'000 auf 30'000 Franken. 15'000 Franken war bis jetzt, nach Auskunft der Verwaltung, der Beitrag der Stadt an den Mobilitätstag gewesen und das soll weiterhin so bleiben. Daneben stehen nochmals 15'000 Franken für Abklärungen, was bereits gemacht worden ist und was die Bedürfnisse sind, zur Verfügung. Für die Eröffnung einer Homepage in diesem Bereich werden sicher auch nicht 20'000 Franken benötigt, das kann mit 5'000 bis 10'000 Franken auf eine sehr schöne Art mit sinnvollen Informationen getan werden. So begründet sich unser Antrag.

Ueli Hertig: Mobilitätsberatung und Mobilitätstag finden wir etwas sehr Gutes. Uns scheint der Kürzungsantrag der FDP auf 30'000 Franken etwas gar übertrieben. Deshalb stellen wir einen Gegenantrag. Der Betrag soll um 30'000 Franken auf 70'000 Franken gekürzt werden. Wir denken, dass man bei einer Streichung der Beträge für eine Homepage und der Reserven mit den verbleibenden 70'000 Franken die Aufgaben, welche an ein Mobilitätsmanagement gestellt werden, bestens erfüllen kann. Deshalb stellen wir diesen Gegenantrag:

Der Kredit für den Aufbau des Mobilitätsmanagements sei von Fr. 100'000.- auf Fr. 70'000 zu reduzieren.

Hans Fügli: Als ich den Antrag der FDP las, erschrak ich schon etwas. Das „Kind“ Mobilitätsmanagement ist noch nicht sehr lange auf der Welt und wir wollen es bereits wieder auf Sparflamme setzen, bevor es sich entwickeln konnte und wir die Möglichkeit hatten, Erfahrungen damit zu sammeln. Braucht Aarau ein Mobilitätsmanagement? Das haben wir uns vor einigen Jahren gefragt. Mit dem Budget 2007 wurde die Erarbeitung eines Konzeptes für ein Mobilitätsmanagement vom Einwohnerrat und dann auch vom Volk genehmigt. Am 14. Februar 2008 ist das frisch geschaffene Konzept vorgestellt worden. Es zeigt verschiedenste Massnahmen und Handlungsfelder zu einer nachhaltigen Mobilität auf. Aarau ist, wie wir alle wissen, eine aufstrebende Stadt mit Zentrumsfunktion, darauf sind wir auch stolz. Dies bedingt, dass der Mobilität seiner Einwohner vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Mit dem Verkehrsrichtplan vom 24. Oktober 2005 und dem oben erwähnten Konzept zum Mobilitätsmanagement hat die Stadt zwei Säulen der Verkehrspolitik geschaffen. Ein Mobilitätsmanagement macht aber nur Sinn, wenn wir die gesamte Bevölkerung von Aarau und auch von der Region erreichen und sie für eine nachhaltige Mobilität sensibilisieren können. Das bedingt verschiedene Kommunikationsgefässe, die geschaffen werden müssen. Ich erwähne hier unter anderem den geplanten Aufbau einer Internetplattform und den Aktionstag zur Mobilität, welcher bereits durchgeführt wird. Dieser Tag ist auch ein „Kind“ von mir und ich war an dessen Aufbau beteiligt. Dieser Aktionstag ist mit ganz wenigen finanziellen Mitteln ausgerüstet worden. Heute wissen wir, wie viel Geld benötigt wird. Nun wird er durch den Antrag des Stadtrates endlich mit einem anständigen Beitrag unterstützt. Die Stadt hat einen guten, absolut nicht nebensächlichen Auftritt. Deshalb ist es das Geld wert. Die Mobilitätsberatung ist noch nicht ganz definiert, das wurde uns in der Sachkommission erklärt. Die Beratung ist erst im Aufbau begriffen. Es ist wichtig, dass im Rechenschaftsbericht des nächsten Jahres ausgeführt wird, was mit diesen 100'000 Franken unternommen worden ist. Die SP-Fraktion unterstützt die Zusammenarbeit mit

„aarau info“ und findet sie notwendig. Es ist richtig, dass nicht wieder etwas Neues geschaffen werden muss, wenn gewisse Synergien genutzt werden können. Uns ist wichtig, dass in einer Stadt wie Aarau die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und dass Geld eingestellt wird, damit das Thema Mobilität angegangen werden kann und die Bemühungen etwas fruchten. Das Einstellen von 10'000 Franken als Reserven finde ich auch unschön. Wir von der SP-Fraktion sind der selben Meinung wie Pro Aarau, dass die 30'000 Franken für die Reserven und für die Erstellung der Homepage gestrichen werden können und unterstützen deshalb den Antrag von Pro Aarau.

Michael Ganz, Stadtrat: Es überrascht den Stadtrat nicht, dass das Thema Mobilitätszentrale heute Abend so ausführlich diskutiert wird. Es ist etwas Neues im Budget. Ganz bewusst hat der Stadtrat diesen Betrag im Budget eingestellt und nicht eine separate Vorlage daraus gemacht, wie er das letztes Jahr mit der Mobilitätszentrale, mit „aarau info“, getan hat. Dies deshalb, weil die finanzielle Limite für eine Einwohnerratsbotschaft nicht erreicht ist und so ein Projekt im Budget eingestellt werden kann. Das ist vielleicht bei Globalbudgets nicht immer so gut ersichtlich. Herr Hilfiker hat sich ja erkundigt und einige Antworten dazu erhalten. Ich werde kurz darauf eingehen, was der Stadtrat mit diesen 100'000 Franken im Jahr 2011 vorhat. Einerseits geht es um die bereits angesprochene Internetplattform. Hier soll es sich nicht einfach nur um eine „schöne Seite“ handeln. Die Idee ist, dass etwas Interaktives entstehen soll. Selbstverständlich sollen bereits bestehende, ähnliche Gefässe integriert oder zusammengeführt werden. Es soll kein separater Zug gefahren werden. Nur weil es in der Projektausarbeitung erst einmal darum ging, die Bausteine zu definieren und man noch nicht mit allen möglichen Partnern Kontakt gehabt hatte, heisst das noch nicht, dass das nie getan werden soll. Es geht darum, Aktionen zu unterstützen. „Velo“ ist als Thema für das Jahr 2011 vorgesehen. Es handelt sich beim Mobilitätsmanagement und auch im Zusammenhang mit dem neuen Bahnhof (nicht im Zusammenhang mit der Veloabstellanlage Süd, sondern mit der neuen Anlage Nord) um ein naheliegendes Thema. Das Velo soll ins Zentrum gestellt werden. Auch der Mobilitätstag soll unterstützt werden. Zudem will der Stadtrat das Mobilitätsmanagement in der Verwaltung implementieren, und zwar bei Planungsverfahren und städtischen Erlassen. So sind in der ganzen Planungsphase Torfeld Süd Themen wie zum Beispiel Hauslieferungen, usw. wichtig gewesen. Zukünftig gilt es ähnliche Themen auch in anderen Bereichen anzugehen. Dazu sollten Instrumente vorhanden sein. Um Vorbild zu sein, ist es auch wichtig, dass die Stadtverwaltung selber für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Mobilitätsmanagement entwickelt. Dafür ist das Geld ebenfalls vorgesehen. Es ist wichtig zu wissen, dass der Stadtrat bei seinem Beschluss, den er diesem Budgetantrag zu Grunde legte, selber schon gespart hat. Das muss nicht immer explizit erwähnt werden, aber deshalb bin ich auch etwas überrascht über diese Reserven. Offenbar hat die Auskunftsperson wieder eine Reserve eingebaut, welche der Stadtrat schon einmal als nicht unbedingt nötig erachtet hat. Natürlich kann immer gesagt werden, dass 10% des Betrages noch Reserven sein sollen und so am Schluss alles auf Null hinunter gespart wird. Das war wirklich nicht die Meinung des Stadtrates. Zudem ist als mittelfristiger Horizont vorgesehen, dass von 2012 an nur noch 70'000 Franken ins Budget eingestellt werden. 100'000 Franken braucht es im Jahr 2011, weil Projekte erarbeitet und aufgelegt werden und deshalb einmalig mehr Mittel zur Verfügung stehen müssen. In den folgenden Jahren wird es sich dann um einen Dauerauftrag handeln. Das Mobilitätsmanagement ist ein Teil des Verkehrskonzepts des Stadtrates, welches aus verschiedensten Bereichen besteht. Es ist heute ein anerkanntes Mittel zur Beeinflussung des Verkehrsverhaltens und wird oft in Städten angewendet, da dort die Verkehrsproblematik häufig akut ist. Letztlich dient ein Mobilitätsmanagement allen Verkehrsteilnehmern, beispielsweise denjenigen, welche aufs Velo umsteigen, um sich gesünder fortzubewegen, aber auch den Automobilisten, welche mehr Platz auf den Strassen erhalten. Nicht zuletzt

entlastet es den Steuerzahler, da der Ausbau des Strassennetzes im städtischen Raum an seine Grenzen stösst und nur sehr teuer zu erkaufen ist. Deshalb ist der Stadtrat der Ansicht, dass ein Mobilitätsmanagement uns hilft, in Zukunft die Verkehrsprobleme in der Stadt zu lösen. Aus diesen Gründen unterbreitet Ihnen der Stadtrat den Antrag, 100'000 Franken ins Budget 2011 einzustellen und ich bitte Sie, diesem Antrag so zu folgen.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen über die beiden Anträge zum Kredit für die Umsetzung des Mobilitätsmanagements

Antrag FDP (Reduktion auf Fr. 30'000.-): 24 Stimmen
Antrag Pro Aarau: (Reduktion auf Fr. 70'000.-): 24 Stimmen

Der Antrag von Pro Aarau wird mit **Stichentscheid** der Präsidentin **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen zur

Schlussabstimmung über den Kredit für die Umsetzung des Mobilitätsmanagements

Antrag Pro Aarau	Kredit für die Umsetzung des Mobilitätsmanagements von Fr. 70'000.-	37 Stimmen
Antrag Stadtrat	Kredit für die Umsetzung des Mobilitätsmanagements von Fr. 100'000.-	8 Stimmen

Der Antrag von Pro Aarau wird **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nun kommen wir zur Investitionsrechnung. Hier liegt folgender Antrag der FDP zur Aufwertung Aareraum Ost vor:

Das Projekt Aufwertung Aareraum Ost, Planung, sei aus dem Voranschlag 2011 zu streichen.

Hanspeter Hilfiker: Nochmals kurz zum Projekt Aareraum Ost: Uns geht es darum, dass dieses Projekt aus dem Budget 2011 gestrichen wird. Zu einem späteren Zeitpunkt kann es immer noch realisiert werden. Wir sind heute in einer Situation, in welcher wir auf das Geld schauen und die Investitionen zeitlich etwas verteilen müssen. Da sind Investitionen, bei denen kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, auf später verschiebbar. Bei anderen Vorhaben ist das nicht möglich, bei diesem Projekt aber schon. Es geht um 2 Mio. Franken, welche nachher verzögert eingesetzt werden können. Vielleicht will man mit diesem Geld später auch etwas anderes machen. Der Aareraum Ost ist heute gut nutzbar und intakt. Er wird auch häufig genutzt und es kommen keine grossen Beschwerden, dass es kein nutzbarer Raum sei. Entsprechend soll mit diesem Projekt im Jahre 2011 nicht begonnen werden.

Beat Blattner, Stadtrat: Ich war zuerst nicht ganz sicher, was Herr Hilfiker gemeint hat: Ging es ihm um eine Streichung für immer und ewig oder um eine Verschiebung um ein Jahr? Deshalb nehme ich zu zwei Fragen Stellung: Soll das Projekt insgesamt gestrichen werden und wie dringlich ist das Projekt? Das Projekt Aareraum Ost ist ein Teil des Projektes „Lungo Aare“. Dabei handelt es sich um ein Jubiläumsprojekt zur 200-Jahre Feier des Kantons Aargau im Jahre 2003. Seinerzeit war man der Auffassung, dass die Menschen in Aarau näher an den Fluss herankommen müssten. Der Fluss sei ein Feind der Menschen in der Stadt gewesen und das solle er in Zukunft nicht mehr sein. Man solle den Bezug zu diesem Freiraum an der Aare schaffen, welcher neben den Strassen dort bestehe. Gleichzeitig haben Sie vielleicht auch gesehen, dass wir unterdessen auch im Zusammenhang mit der Eröffnung des Staffeleggzubringers in diesem Jahr bereits über eine Sanierung der Kettenbrücke reden. In der Zeitung haben sie sicher vom aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Siegerprojekt „Pont Neuf“ gelesen. Der Stadtrat erhielt bei ersten Interviews mit Exponenten aus Aarau, als

erste, bescheidene Schritte für ein Entwicklungsleitbild, verschiedenste Wortmeldungen, dass die Bereiche an der Aare unbedingt aufgewertet werden sollten. Wir stellen auch fest, dass im Investitionsprogramm 2009-2013, genau wie auch 2010-2014, im Zusammenhang mit dem Politikplan diese Beträge bereits vorhanden waren, so zum Beispiel 160'000 Franken für die Planung (das macht bei 2,5 Mio. Franken keine 10 % aus, wie das sonst oft für Planungen vorgesehen ist). Von den ursprünglich für dieses Projekt vorgesehenen 6 Mio. Franken hat der Stadtrat deutlich Abstand genommen. Er will sich auf das beschränken, was notwendig ist, um den Menschen eben auch im Bereich des Aareraums Ost, als Fortsetzung des Aareraums West, welcher heute als Erfolgsgeschichte bezeichnet worden ist, etwas zu bieten. Diese Fortsetzung soll die genannten 2,5 Mio. Franken kosten. Es gibt einige neuralgische Punkte, wie z.B. die Verbindung mit dem Projekt der Kettenbrücke, das habe ich schon erwähnt. Es steht eine Platane auf dem Weg in diesem Bereich, welche unterdessen zu einem Gefährdungsrisiko geworden ist. Bei der Kreuzung zwischen dem Zurlindensteg und dem Philosophenweg hofft man seit Jahren, dass nichts passiert. Dort muss etwas getan werden, wie sicher auch im Bereich der Beleuchtung. Es ist aber nicht so, wie dies Herr Schib befürchtet hat, dass der Stadtrat hier wieder Betontreppen bauen will und es handelt sich ganz und gar nicht um ein Luxusprojekt. Die Schwanbar soll ebenfalls nicht geschlossen werden. Es entsteht auch kein Naturschutzprojekt, das muss ich an dieser Stelle ganz klar zum Ausdruck bringen. Es hat Naturwerte in diesem Bereich. Nach einer ersten Diskussion mit den verschiedensten Beteiligten an diesem Areal müssen wir aber feststellen, dass der Kanton nicht bereit ist, grosse Naturwerte aufbauen zu lassen, da er die Meinung vertritt, dass der Fluss selber bereits grosse Naturwerte besitze. Der Stadtrat hat also das Ziel, das Areal im Aareraum Ost vor allem mit seinen jetzt bestehenden Werten den Menschen noch zugänglicher zu machen und die Fortsetzung des Aareraums West, vor allem, was den Weg anbelangt, zu erneuern und für die Zukunft attraktiver zu gestalten. Wenn eine Verschiebung des Projekts verlangt worden wäre, und dies ist nun der zweite Teil meiner Beantwortung, dann stellte sich die Frage nach der Dringlichkeit. Herr Hilfiker hat absolut recht, es besteht keine Dringlichkeit, sonst hätte der Stadtrat einen Nachtragskredit eingereicht und im Dezember bewilligen lassen. Aber der Stadtrat ist der Meinung, dass es einen Abstimmungsbedarf im Zusammenhang mit dem sog. „Pont Neuf“ geben dürfte. Es besteht also eine Abhängigkeit mit dem Sanierungskonzept Kettenbrücke. Wir sprechen ja heute nicht von der Realisierung, sondern lediglich von der Planung des Aareraums Ost. Wenn man im Politikplan nachschaut, so ist die Realisierung für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehen. Jetzt sollten wir aber unter keinen Umständen den Zeitpunkt verpassen, uns planerisch auf den Stand zu begeben, auf dem der Kanton mit der Sanierung der Kettenbrücke ist. Sonst laufen wir Gefahr, dass uns der Kanton bereits jetzt ins Boot holt und uns dann sagt, was wir zu bezahlen haben. Dann haben wir keine Handlungsmöglichkeiten mehr und müssen einfach übernehmen, was vom Kanton angedacht worden ist. Wenn wir jetzt nicht bei unseren eigenen Projekten - eines davon, der Aareraum West, besteht bereits und das andere, der Aareraum Ost, soll jetzt aufgegleist und geplant werden - sagen können, was es dort dazwischen beim „Pont Neuf“ braucht, dann wird uns der Kanton mitteilen, dass er nur ein Minimum machen will, sonst müsse es die Stadt selber bezahlen. Der Stadtrat glaubt, dass die Verbindung dort gefunden werden muss, auch dort, wo später der Aareraum Ost angebunden werden soll. Es kann nicht sein, dass dort z.B. eine Hilfsbrücke für das Projekt „Pont Neuf“ entsteht, obwohl wir bereits gebaut haben oder umgekehrt, dass wir fertig bauen lassen und noch nicht wissen, was an diesem Ort eigentlich passieren soll. Das Klügste ist, dass man gleichzeitig an den jetzt entstandenen Verknüpfungspunkten zwischen der Erneuerung der Kettenbrücke und dem Aareraum Ost plant. Es kann durchaus sein, dass noch nicht alles Geld, wegen den Abstimmungen durch den Kanton, gebraucht wird. Ich bin aber überzeugt, dass niemand hier im Rat böse ist, wenn es so kommt. Jetzt sollten wir aber kein Jahr länger

warten und erst am Schluss zu planen beginnen, wenn uns die anderen bereits gesagt haben, wie es weitergeht. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass die Planung jetzt gestartet werden sollte. Und noch einmal: Es gibt kein Luxusprojekt und keine Betontreppen. Der Mensch steht mit seiner Nutzung im Vordergrund. Die Wege müssen saniert und der Raum so gestaltet werden, dass Sicherheit garantiert ist. Wegen des Aareraums West hat es auch heute schon mehr Menschen im Aareraum Ost und so entstehen Konfliktpunkte, deshalb muss der Weg verbreitert werden. Die Planung soll den Bereich so gestalten, dass er den Menschen Spass macht und dient.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der FDP

Der Antrag der FDP wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zum Antrag der FGPK zur Lohnerhöhung:

Für Lohnerhöhungen sei für das Jahr 2011 gesamthaft 1,5 % zu budgetieren.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der FGPK

Antrag FGPK	Lohnerhöhung 1,5 %	25 Stimmen
Antrag Stadtrat	Lohnerhöhung 2,0 %	21 Stimmen

Der Antrag der FGPK wird **angenommen**.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Wir kommen nun zur

Schlussabstimmung über den Voranschlag 2011

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % wird genehmigt..

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

87 . Kreditabrechnung Ersatzbauten Kasernenparking

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Mit Botschaft vom 2. August 2010 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung Ersatzbauten Kasernenparking. Die Bruttoanlagekosten belaufen sich auf Fr. 2'029'400.20. Der Einwohnerrat bewilligte am 28. August 2006 einen Verpflichtungskredit von Fr. 1'863'000.00 und am 16. Juni 2008 einen Zusatzkredit von Fr. 237'000.00. Es resultiert somit gegenüber dem Gesamtkredit von Fr. 2'100'000.00 eine Kreditunterschreitung von Fr. 70'599.80 oder 3,36 %. Die FGPK verzichtet auf ein Referat und empfiehlt dem Einwohnerrat die Genehmigung dieser Kreditabrechnung.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Ersatzbauten Kasernenparking".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Angelica Cavegn Leitner, Präsidentin: Heute Abend verabschieden wir Ivica Petrusic aus dem Einwohnerrat. Er war seit dem 1. Januar 2006 Mitglied des Einwoherrats Aarau und hat folgende Projekte unterstützt: Motion Einführung der Mobilen Jugendarbeit in Aarau; Postulat für eine lebendige und lebenswerte Altstadt in Aarau; nachhaltige Sicherung des Kulturbetriebs KIFF; Anfragen bezüglich der finanziellen Unterstützung der Jugendparlamentskonferenz; Liegenschaftsverhältnisse Mühlemattstrasse 76 sowie Umsetzung des Integrationskonzepts der Stadt Aarau. Am 4. Oktober 2010 gab Ivica Petrusic schriftlich seinen Rücktritt bekannt und ich erlaube mir, kurz aus seinem Brief zu zitieren: „Die eingeschränkten zeitlichen Ressourcen bzw. die Setzung neuer Prioritäten im Bereich meines politischen und beruflichen Engagements haben mich zu diesem Entscheid bewogen. Ich war gerne Einwohnerrat und habe der Stadt Aarau im Rahmen meiner sozialdemokratischen Überzeugung gerne gedient. Die Anliegen der Stadt Aarau werde ich künftig im Rahmen meiner Tätigkeit als Grossrat zu vertreten versuchen. Mit der Sitzung vom 18. Oktober verabschiede ich mich aus dem Einwohnerrat und bedanke mich hiermit bei allen für die wertvollen Erfahrungen, welche ich während der letzten fünf Jahre machen konnte. Ich wünsche allen andern Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten weiterhin viel Spass und Kraft bei der Arbeit zum Wohle unserer Stadt.“ Lieber Ivica, ich möchte mich auch bei dir im Namen aller hier Anwesenden und der Aaraauer Bevölkerung für dein grosses Engagement, das du immer gezeigt hast, bedanken. Wir wünschen dir im Grossrat weiterhin viel Energie, damit du auch dort deine Projekte durchbringen kannst. Ich überreiche dir als Abschiedsgeschenk und Andenken gerne den gewünschten Zinnbecher und wünsche dir für deine private und berufliche Zukunft das Allerbeste.

Ich habe noch einige Abschlussbemerkungen und Informationen: Regina Jäggi und ich waren übers Wochenende mit einer Polizeipatrouille unterwegs, was sehr interessant und aufschlussreich war. Betreffend OXER findet am Dienstag, 26. Oktober 2010, eine Informationsveranstaltung um 19 Uhr im Feuerwehrgebäude statt. In der Kreisschule Buchs-Rohr findet am Donnerstag, 18. November 2010 von 18 bis 19 Uhr eine Infoveranstaltung für den Einwohnerrat Aarau über die Organisation ihrer Kreisschule statt. Bezüglich Volleyballspiel Einwohnerrat und Grossrat ist zu sagen, dass sich nur zwei Personen gemeldet haben, was nicht ausreicht, um eine Mannschaft zu bilden. Fussball wäre, den Rückmeldungen meiner männlichen Ratskollegen nach, wohl eher ein Thema. Die Einwohnerratssitzung vom 13. Dezember 2010 wird bereits um 18.00 Uhr beginnen. Anschliessend möchten wir gemeinsam das Jahr etwas ausklingen lassen. Ich bedanke mich bei allen für die guten Diskussionen und wünsche einen guten Abend.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

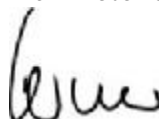
EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:



Angelica Cavegn Leitner

Der Protokollführer:



Stefan Berner